NEUES SCHANZEN LEBEN

Premiere 29. Juni 90

kapitale Feste

2,50.-

Juni 90

Auf dem 30. Weltkongreß der Internationalen Handelskammer (ICC), werden sich vom 26. bis 28.6.90 mehr als 1000 Kapitalisten, Manager & Politiker in Hamburg versammeln.

tungslosigkeit wie etwa in den USA oder in Frankreich abrutschen kann Die Analysen waren teilweise hochinteressant, doch der interessantere Teil, das "Lernen und Planen gemeinsamer "gesellschaftlicher Interventionen" kam vielleicht notwendigerweise zu kurz, da, so wohl die Meinung vieler, der Inervention die durchaus zeitaufwendige Analyse und Diskussion vorausgehen muß. An diesem Punkt entzündete sich einige Kritik: den "Oberstrategen" wurde vorgeworfen, daß sie "interventionsfähige Potentiale" wie Schachfiguren über das Brett gesellschaftlicher Auseinandersetzungen schieben würden, die Menschen dabei aber nicht sehen und damit Ansätze spontanen Widerstands ignoriert werden. Aus dem schon vorliegenden Beitrag "Großdeutschland - Bedrohung und Chance zum Widerstand" von Karl-Heinz Roth, der übrigens auf dem Kongreß immer als "Autonomer" bezeichnet wurde, möchten wir Auszüge bringen, da er unserer Meinung nach einige Aspekte des "Wie Weiter" beleuchtet:

Wer in epochalen Umbruchsituationen nicht über den Weitblick zu strategischen Alternativen verfügt, wird zum Anhängsel des herrschenden Konsenses. Er wird sein Verhalten an jenen großen historischen Ereignissen zu messen haben, die in diesem Jahrhundert weichenstellend gewesen sind: August 1914, November 1918, Januar 1933, April/Mai 1945. Der große strategische Gegenentwurf war in diesem Momenten manchmal auf wenige Stimmen geschrumpft. Manchmal konnte er sich in der Woge von Chauvinismus, von Demoralisierung oder auch viel zu kurzsichtigem Aufbegehren überhaupt nicht zu Gehör bringen. Und manchmal wirkte alles wie Donquichotterie im Angesicht des volksgemeinschaftlichen Rassismus und des intellektuellen Verrats, welcher auch die Arbeiterbewegung zersetzt hatte. Dafür, daß sich das Nein nicht vernehmbar artikulierte und zu jedem Risiko bereit zeigte, haben dann Generationen gezahlt: die jüdische Bevölkerung, die sozialen und nationalen Minderheiten, die Arbeiterklasse, die überfallenen Völker, die Heere der aus ihnen gepreßten Arbeitssklaven.

Nur wenn wir uns jetzt ohne Wenn und Aber dem „Anschluß" von 1990 verweigern, vermögen wir eine revolutionäre Widerstandsperspektive aufzubauen, die langfristig trägt. Durch diese Verweigerung sind drei Vorbedingungen zu erfüllen:

1. Die Ablehnung des politisch-institutionellen Konsenses und jeder wie auch immer gearteten Verfassungsvariante gestattet es uns, den neuen großdeutschen Staat für alle Zeiten zu negieren.
2. Wer gegen den „Anschluß" von 1990 kämpft, verbessert seine Widerstandsperspektive gegen alle nachfolgenden „Anschlüsse".
3. Der Angriff gegen die Deregulierungsperspektive des großdeutschen Kapitals muß einsetzen, bevor die chauvinistische Legitimationshülle von ihr wieder abfällt. Es kommt also darauf an, den Desillusionierungsprozeß der Massen vorwegzunehmen.

Werfen wir abschließend einen Blick auf das Verhältnis von Proletariat und Intelligenz, so wird noch einmal klar, welch harter Weg denen bevorsteht, die nicht bereit sind, bei einer mehr oder weniger unverbindlichen Negation der aktuellen politischen Entwicklung stehenzubleiben. Wer den nächsten Schritt ernsthaft erwägt, wird sofort mit unglaublichen Schwierigkeiten konfrontiert sein. Er wird nicht nur gegen den Trend anzugehen haben: die weiter zunehmende Abkehr der metropolitanen Intelligenz von allem, was nach „Proletarität" riecht. Er wird generell mit einer neuen kulturellen Hegemonie zu kämpfen haben, die auf dem Verrat der Intelligenz am historischen Bündnis mit den ausgebeuteten Klassen begründet ist. Die neoimperialistische Kultur der neunziger Jahre lebt vom prinzipienlosen Karrierismus, von der Bereicherungssucht, von Chauvinismus, Klerikalfaschismus und neorassistischen Ideologien. Sie wird von einer postmodernen Intelligenzija geprägt, die inzwischen sogar mit dem Neofaschismus und dem organisierten Verbrechen paktiert.

Analyse und politische Neuorientierung hängen jedoch von einer gewichtigen Vorbedingung ab: der Untersuchung des Scheiterns aller revolutionären Bewegungen in diesem Jahrhundert. Dabei werden wir neben den Effekten innerimperialistischer Integrationsstrategien vor allem jene vom Stalinismus vernichteten Klassenerfahrungen zu thematisieren haben, die schon immer das strategische Profil und die Weiterentwicklung des russischen Oktober problematisierten. Wir werden darüber hinaus all jene internationalistischen Ansätze kritisch rekonstruieren müssen, die, seien es revolutionäre Syndikalisten, Anarchokommunisten oder die multiethnischen Sektionen der Roten Gewerkschaftsinternationale vor Stalins Appeasement-Politik seit 1934, Antworten auf die sich wandelnde Klassenzusammensetzung suchten und organisatorisch im internationalen Massenwiderstand gegen imperialistische Expansion, Depression und Kriegsführung verankert waren. Auch unsere eigene Vorgeschichte, für viele von uns eine Vor-Geschichte von mehr als 20 Jahren, darf genauso wenig ausgespart bleiben wie das Schicksal der trikontinentalen Befreiungsbewegungen.

Zweitens werden wir uns der Frage stellen müssen, warum der Imperialismus bis heute in bezug auf seine klassenbewußte Negation fast immer mit der am wenigsten produktiven, am wenigsten entwickelten und am wenigsten demokratischen Variante konfrontiert war. Wegen der internationalen Dimension dieses Phänomens werden wir zu bestimmen haben, was sich dabei der inneren Dynamik des Stalinismus selbst verdankte und was durch die jahrzehntelange Ausgrenzung des realen Sozialismus von der globalen ökonomischen Entwicklung determiniert war. Soziale Egalität, Basisdemokratie, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Aufhebung aller Rassenschranken, gesellschaftliches Eigentum an Produktion und Verteilung und Abbau aller staatlichen Strukturen sind die Grundelemente einer jeden sozialistischen Utopie. Sie wiederzugewinnen und als konkrete Alternative zur kapitalistischen Zerstörungs- und Innovationsdynamik der neunziger Jahre massenwirksam werden zu lassen setzt eine überzeugende Antwort auf die Frage voraus, wie es denn nach all den gescheiterten Experimenten des 20. Jahrhunderts angehen soll, es spätestens im Jahr 2017 weltweit besser zu machen.

Das alles sind gigantische Aufgaben. Allein die Skizzierung der Dimensionen zeigt, daß es nicht immer die unreflektiertesten Genossinnen und Genossen waren, die im vergangenen Jahrzehnt an der sich vertiefenden Kluft zwischen sozialistischer Utopie und realimperialistischer wie realsozialistischer Wirklichkeit verzweifelten. Viele von ihnen haben resigniert, aber sie haben ihre Integrität gewahrt und sich nicht an die Trends der Postmoderne verkauft. An sie sollten wir uns zuerst wenden, ausgehend von einem Bündniskonzept, das alle noch intakten Reste der nichtreformistischen Linken umgreift. Alle Schritte, die wir einleiten, sollten an der Frage gemessen werden, welche Voraussetzungen es hier und heute noch gibt, um aus der Analyse des deutsch-deutschen und des globalen kapitalistischen Triumphs eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, die nicht nur Utopie bleibt. Das aber erfordert

– den Aufbau nicht-hierarchischer Strukturen in einem gemeinsam getragenen Assoziationsansatz,
– ein völlig neues Herangehen an die Bündnisfrage,
– den Aufbau von Arbeitszusammenhängen, die die Konvergenz von politischer Praxis und theoretisch-analytischer Arbeit ermöglichen,
– die kollektive Entwicklung von metropolitaner revolutionärer Politik als Teil eines neuen Internationalismus,
– die Entwicklung von historischem Bewußtsein als kollektives Klassengedächtnis,
– die Arbeit an einem neuen sozialen Modell von revolutionärer Gegenkultur, das soziale Egalität entfaltet, ohne individuelle Fähigkeiten und Phantasien zu uniformieren.

Die „Radikale Linke" sollte es sich zur Aufgabe machen, ein solches Terrain antagonistischer sozialer Subjektivität mit zu entfalten und zu verbreitern. Sie sollte nicht altbekannte organisatorische Wege beschreiten, sondern sich darauf konzentrieren, Bündnisstrukturen zu schaffen, in der alle nichtreformistischen Erfahrungen und Initiativen Platz haben: radikaler Feminismus, Ökosozialismus, autonome Bewegungen, bewaffnete Gruppen, Dritte-Welt-Komitees, Solidaritätsausschüsse für Flüchtlinge und Emigranten, kommunistische und linksgewerkschaftliche Strömungen, Organisationen der Einwanderer.

Zum Schmelztiegel eines neuen revolutionären Prozesses wird sie auf jeden Fall nur werden, wenn aus ihr in der Perspektive mehr entsteht als die Summe ihrer Teile. Setzt sich eine solche Erfahrung aber nicht in einen breiten Konsens um, dann sollten wir uns davor hüten, aus der „Radikalen Linken" mehr machen zu wollen als das, was auf jeden Fall schon sehr viel wäre: eine Bündnisstruktur, in der sich alle Initiativen assoziieren, die nicht bereit sind zu resignieren oder den Weg der Systemintegration zu beschreiten.

Runde 1

Freitag, 1. Juni, 19.30 Uhr

Thema: Wider Vereinigung, Nationalismus, Antisemitismus und Deutschtümelei

Einleitung: Detlef zum Winkel (ak, Konkret, „Nix gerafft"), Maria Bader (ehem. Schabbes-Kreis, Berlin), Karl-Heinz Roth (Arzt, Autonomer, Hamburger Stiftung für Sozialforschung des 20. Jahrhunderts), Hamide Scheer (Feministin, Immigrantin aus der Türkei), Hermann L. Gremliza (Herausgeber der Zeitschrift Konkret, „Krautland — einig Vaterland")

Runde 2

Samstag, 2. Juni, 9.00 - 12.00 Uhr

Thema: Antifaschismus heute? Gegen Rassismus, Sexismus und Neoeugenik, gegen den Konsens der Demokraten

Einleitung: Theresia Degener (Feministin, Finrage, Forum der Krüppel-und Behindertenini), Georg Fülberth (Vorsitzender und einziges Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei in der Marburger Stadtverordnetenversammlung), Ursel Döhmann (Feministische Antifa FANTIFA, Bonn) Es wäre schön, wenn Lupus teilnähme.

Runde 3

Samstag, 2. Juni, 12.00 - 15.00 Uhr

Thema: Was kommt nach dem Ende des „Realen Sozialismus" -(falsche?) Hoffnung auf Gorbatschow? und das real existierende Patriarchat?

Einleitung: Hier ist noch einiges in der Schwebe, auf alle Fälle: Winfried Wolf (Sozialistische Zeitung, VSP, „Neues Denken oder neues Tanken — DDR-Verkehr 2000"), Rainer Trampert (Ex-Grünen-Sprecher,-Autor) Hoffentlich kommt auch Rossana Rossanda.

Runde 4

Samstag, 2. Juni, 15.00 - 18.00 Uhr

Thema: Antiimperialistische Politik in einer reichen Metropole. Weltweite Frauenunterdrückung, weltweite Naturzerstörung als Strukturmerkmal des Imperialismus?

Einleitung: Hier lassen wir die ReferentInnen lieber noch offen — aus gutem Grund! Hoffentlich werden Josef Esser und eine Mitfrau aus der Gruppe Feministischer Internationalismus kommen. Wir arbeiten weiter daran, eine Expertin zum Problem Frauenhandel zu finden.

Überraschungsrunde 5

Samstag, 2. Juni, 19.30 Uhr

Thema: „deutsche nachgeburt 1989 + glasbruch 1848 = BIRTH OF A NATION"

Durchführung: Grit Mossmann, Walter Mossmann, Joschi Krüger

Runde 6

Sonntag, 3. Juni, 10.00 - 13.00 Uhr

Thema: Antikapitalistische Ökologie. Gegen technokratischen Machbarkeitswahn

Einleitung: Jutta Ditfurth (GRÜNE, Radikal Ökologin, „Träumen, kämpfen, verwirklichen"), Jens Scheer (Anti-AKW-Aktivist, Autor gegen Atomkraftwerke), Jakob Moneta (Publizist) Auf alle Fälle wird eine feministische Kritikerin der patriarchalen Wissenschaften einleiten.

Runde 7

Sonntag, 3. Juni, 13.00 - 16.00 Uhr

Thema: Interventionsmöglichkeiten — Perspektiven des gemeinsamen Widerstands? auch parlamentarisch?

Einleitung: Silke Struckmeyer (Feministin, Mitstreiterin in verschiedenen Frauenprojekten), Walter Mossmann, Thomas Ebermann (Ex-Grüner, Autor) Wahrscheinlich kommt Edith Lunnebach.

Runde 8

anschließend

Thema: Wie weiter mit uns, der „Radikalen Linken", und überhaupt

Wir erheben auf dem Kongreß KEINEN EINTRITT, aber wer was übrig hat, soll's unbedingt mitbringen oder überweisen (Kto. 13 17 930 28, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98, W. Wolf).

KEINE Anmeldung aber Schlafplatzorganisation am Tagungsort

Auch wenn wir einige Absagen von erhofften ReferentInnen zu verzeichnen haben, die wir niemals verraten werden, drückt sich schließlich doch aus, daß wir — in alphabetischer Reihenfolge — anarchistische, autonome, feministische, internationalistische, kommunistische, ökosozialistische, radikalökologische — ganz besonders aber „die in keine Schublade" passenden ultra-originellen Positionen aufeinanderprallen lassen wollen. Zum Zwecke des Lernens und des Planens gemeinsamer gesellschaftlicher Intervention. Das Ganze — hoffentlich — unbelästigt von Freunden des Staates, der nationalen Frage und des ökologischen Kapitalismus.
Wer Angst hat, ungewollt vereinnahmt zu werden, hat nicht nur eine falsche Einschätzung der IniitiatorInnen, sonder eine schlechte Meinung von sich selbst.

Der Reader zum Kongreß kann gegen Vorkasse bezogen werden bei: Radikale Linke, Postlagernummer 59 387, 2000 Hamburg 50 (20 + 2 DM)

Zur Kinderbetreuung bitte Alter und Anzahl der Kinder bis zum 20.5. durchgeben an Maren Pryk

V.i.S.d.P.: M. Pryk c/o R. Linke, Schmarjestr. 41, 2000 Hamburg 50

Ob diese (nicht unbedingt) neuen Erfordernisse einer revolutionären Perspektive, wie sie Roth beschrieben hat, mit und durch die RL verwirklicht werden können und ob dies überhaupt gewollt wird, ist nicht klar geworden. Was die RL werden soll - Bündnis oder wie auch immer gearteter, neuer Assoziationsansatz oder ein halbjährlich stattfindendes Treffen (mit zwischenzeitlicher Thesen-/AnalysenPapierproduktion), mit dem Ergebnis, daß ein paar Monate später eine Demo stattfindet - blieb unbeantwortet. Zu befürchten ist, daß sich Letzteres ungewollt einstellen könnte, denn:

- einziges konkretes Ergebnis des Kongresses war der Beschluß im Herbst eine Demo durchzuführen
- ein Bündnis, die Existenz größerer, handlungsfähiger linker Gruppen voraussetzt, was wir z.Z. so nicht sehen, was Andere vielleicht anders sehen. Es soll schon erste Gespräche einiger RLer mit der PDS zwecks eines Bündnisses gegeben haben
- mögliche Formen nicht hierarchischen Strukturen in einem neuen Handlungsansatz kaum diskutiert wurden.

TERMINE

Häusertage Hamburg 22.-25.6.1990

(Vorläufiges Programm)

Fr., 22.6.

19.00 h Treffpunkt, Verteilung der Pennplätze, Organisatorisches, VOLXKÜCHE etc. in der BRIGITTENSTRASSE 5

21.00 h Plenum: Demovorbereitung, Ablauf der Tage... auch in der BRIGITTENSTRASSE 5

Sa., 23.6.

11.00 h MieterInnendemonstration in der INNENSTADT

15.00 h wird's inhaltlich, drei Themen stehen zur Auswahl:
- Europa '92 und Europäisierung des Bullenapparates (TREVI, Schengen usw. usf.) im JOBBERLADEN BALDUINSTRASSE
- Aufstandsbekämpfung in der ROTEN FLORA, SCHULTERBLATT 71
- DDR und Großdoitschland in der BRIGITTENSTRASSE 5

20.00 h wird's für den Magen inhaltlich: VoKü in der BRIGITTENSTRASSE 5

So., 24.6.

12.00 h Strukturen im Widerstand: offen und/oder geschlossen?
Hierzu werden wir uns dann wohl in verschiedene Arbeitsgruppen aufteilen, erstmal sind derer 4 vorgesehen:
- Ghettoisierung
- Unsere Ideologie, unsere Ziele
- Bündnispolitik
- Vernetzungsmöglichkeiten: Zustandsbeschreibung, Probleme der geschlossenen Strukturen.

Nach Bedarf werden das aber noch mehr AG's, überlegt euch auch mal selber was...
alles in WERKSTATT 3, NERNSTWEG/GAUßSTRASSE

15.00 h VoKü auch in der WERKSTATT 3

17.00 h machen die AG's, die zum gleichen Thema gearbeitet & diskutiert haben, zusammentragende Plena und werden hiermit höflichst aufgefordert, ihre Ergebnisse in Form von Thesenpapieren oder Romanen der unwissenden Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.
und das alles in der WERKSTATT 3

Mo., 25.6.

11.00 h Großes Gesamtplenum: Beiträge der einzelnen Gruppen, Vorstellen der Thesenpapiere. Große Perspektivdiskussion.

(ca.) 15.00 h Große Pause
danach soll sich dann, falls dies gewünscht wird, eine neue Vorbereitungsgruppe bilden, die sich dann hurtig dran macht, einen Folgekongreß inhaltlich & organisatorisch vorzubereiten, zwecks Kontinuität und so. Den hatten wir uns für den Herbst vorgestellt.
in der ROTEN FLORA (is' aber noch unklar, wer VoKü macht)

KULTUR

Plenum Sexualität und Herrschaft
Brigittenstraße 5, 1.7.90, 21 Uhr;
"Mit aller Gewalt gewaltfrei - eine Auseinandersetzung mit SM"
Texte und Musik zum Thema Sadomasochismus

Duckenfeld im Oelkerscafe
Oelkersallee 64, 439 34 13;
proudly presents in June/July:

Sa., 30.6.	21.00 h	W.C. Fields in
So., 1.7.	21.00 h	"Tilly and Gus"
Mo., 2.7.	21.00 h	USA 1933. sw, OF
Sa., 7.7.	21.00 h	"Der Bruch"
So., 8.7.	21.00 h	Regie: Frank Beyer
Mo., 9.7.	21.00 h	DDR 1988, OF
Sa., 14.7.	21.00 h	"Jakob, der Lügner"
So., 15.7.	21.00 h	Regie: Frank Beyer
Mo., 16.7.	21.00 h	DDR 1975
Sa., 21.7.	21.00 h	"Solo Sunny"
So., 22.7.	21.00 h	Regie: Konrad Wolf
Mo., 23.7.	21.00 h	DDR 1979
Sa., 28.7.	21.00 h	"Der Aufenthalt"
So., 29.7.	21.00 h	Regie: Frank Beyer
Mo., 30.7.	21 00 h	DDR 1982

Literaturlabor
Lindenallee 40, 43 59 26;

Lesegruppe seit 7.6., Do.19-20 Uhr;
"Was ich hasse: Deutschland", Kurt Tucholsky:
Texte zum Natonalismus;
Autorensprechstunde: 5.7.90; Do. 18-20 Uhr;
Gespräche mit AutorInnen über eigene literarische Versuche;
Gebühr 20 DM;
Außerdem: Schreibwerkstatt mit Frederike Frei (AutorInnenworkshop) jeden Mittwoch ab 18 Uhr;
Geöffnet: Mo.- Do. 14-18 Uhr;



Freie ArbeiterInnen-Union

Offene Branchentreffen der Freien ArbeiterInnen-Union

Es geht um das, worum es ansonsten viel zu selten geht: Probleme und ihre Lösungen im täglichen Kampf mit der Arbeit. Wir bieten keine Patentrezepte, sondern gemeinsame Auseinandersetzung.
Bisher gibt es zwei Branchengruppen:
"Gesundheit und Soziales" ist im Aufbau und trifft sich jeden 1. Donnerstag im Monat um 16.30 Uhr.
"Handel/Transport macht eine Diskussionsveranstaltung zum Güterkraftverkehr am Mittwoch, den 4.7., 19.00 Uhr: "Das bißchen Fahren..." und trifft sich weiterhin jeden 1. Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr.
Alles findet im Libertären Zentrum, Lagerstraße 27, statt. Weitere Branchengruppen sollen folgen. Interessierte wenden sich Donnerstags zwischen 16.30 und 18.30 Uhr ans Libertäre Zentrum.

TERMINE



Das Treffen des ICC und die Premiere des Phantom of the Opera.

Die phantomenalen Aktionstage stehen bevor. Diese werden mit vielfältigen Veranstaltungen, Demonstrationen und Protestaktionen sowohl die Premiere des Musicals "Phantom of the Opera" als auch das Hamburger Treffen der Internationalen Handelskammern wirkungsvoll begleiten. Zwar stehen beide Veranstaltungen nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang, doch besitzen sie, aufgrund ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge, unfreiwillig eine aktionistische Verbindung.
Auf den ersten Blick erscheinen beide Termine völlig losgelöst voneinander. Handelt der eine kurz gesagt von der Planung der Ausplünderung der Trikont und ex-realsozialistischen, osteuropäischen Länder, dreht es sich beim anderen Termin "nur" um eine harmlose, großstädtische Freizeitunterhaltungskultur für gelangweilte, mittelständische BürgerInnen.

Heißt es auf dem ICC Kongreß inhaltlich: Organisierung der weltweiten Märkte, der weltweiten Produktion und des weltweiten Wettbewerbs, steht das Phantom-Musical in seiner Konsequenz begrifflich für Kommerzkultur, Umstrukturierung von Stadtvierteln, Vertreibung der innenstadtuntypischen Bevölkerung e.t.c. Begriffe, die in ihrem Kontext aus der Geschichte des Widerstandes um das Flora-Gebäude, heute Rote Flora, verstehbar sind.
(Dazu siehe verschiedene Ausgaben des Neuen Schanzenlebens von 87 bis heute und die beiden Flora Zeitungen.)

Ersteres heißt übersetzt die Zurichtung der Menschen unter die Verwertungslogik kapitalistischer Produktion, mit dem Ergebnis der ökologischen Zerstörung der Länder sowie der Ausplünderung und Vertreibung der Menschen.
Das Zweite ist Ausdruck einer Entwicklung in den Metropolen, die die politische Linke mit dem Schlagwort "Umstrukturierung" bezeichnet. Umstrukturierung hat in der Tat etwas mit kapitalistischem System zu tun und ist als eine Methode, die in ihren Auswirkungen dem gleichen Mechanismus wie oben folgt, zu begreifen, allerdings fällt dieses in seiner Konsequenz hier deutlich harmloser aus.
Wichtig ist aber zu sehen, daß die Zurichtung der Menschen hier die Zurichtung der Menschen in anderen Teilen der Welt erst ermöglicht.
Die notwendige Ruhe und Akzeptanz, die geschaffen ist, damit die Metropolen als Schalthebel weltweiter "Herrschaftsausübung" funktionieren können, bedarf funktionierender BürgerInnen in ihren funktionierenden Umwelten.

Die notwendige Zurichtung der Individuen vollzieht sich auf vielfältigen Ebenen, sei es durch Lohnarbeit, durch Konsumzwang, durch gelenktes Freizeitverhalten und natürlich durch die Medien und Kulturbereiche. In dieser Reihenfolge ist auch ein Kommerzmusical wie das "Phantom of the Opera" zu sehen. Im Produktions und Reproduktionsbereich werden die Menschen vom Kapital gelenkt, obwohl jede/r einzelne/r subjektiv einen anderen Eindruck davon hat. Kultur ist darin ein wichtiger Faktor, scheint sie doch unabhängig und frei von jeder Lenkung. Hier, im konkreten Fall beim Musical, ist der Effekt nicht anders. Die KonsumentInnen freuen sich, die BewohnerInnen erleben die Konsequenzen hautnah: steigende Mieten, höhere Lebenserhaltungskosten, eine sich ändernde Sozialstruktur. Die Konsequenzen sind häufig beschrieben worden.
Menschen, die vertrieben werden, die aus dem Sieb der Leistungsgesellschaft fallen, die sich gegen die alltägliche Verplanung und Vernutzung sowie gegen Konsumideologie im alltäglichen wie im kulturellen wehren, diese Menschen stören und müssen beiseite geschoben werden.

Die Verbindung von eins und zwei entsteht dann, wenn hier und sonst überall in der Welt Menschen sich der kapitalistischen Totalität bewußt werden, die unterschiedlichen Pläne und Strategien verstehen. Verbunden mit der Wut und dem Haß auf bestehende Unrechtsverhätnisse können Kämpfe entstehen und sogar verbunden werden. Hier der Widerstand, dort der Kampf der Menschen um Befreiung und gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Eines ist uns gemeinsam, daß Ziel der Herrschaftsfreiheit, gegen den gemeinsamen Feind.

Das Phantom der Oper

ICC-Weltkongreß Hamburg 1990

WORLD Business FORUM

Im weiteren Verlauf des Textes, wird es um die Geschichte und Funktion des ICC gehen. Grundlage dafür sind ein Text einer Gruppe aus dem Vorbereitungsplenum der phantomenalen Tage, ein Flugblatt zum ICC von der GAL und Zeitungsartikel. Interessant war auch die Lektüre des Veranstaltungsprogramms der ICC-Tagung. Danach wird es einen kurzen historischen Abriß zur Roten Flora geben, in der ursprünglich das Musical aufgeführt werden sollte, durch den Protest vieler Menschen dort aber verhindert wurde.

Ein-Ladung zu Zwe kapitalenTesten



Dem 1919 gegründeten ICC, dem Handelskammern und Privatunternehmen aus 110 Staaten angehören, versteht sich als die einzige weltumfassende, private Organisation der Wirtschaft, wobei der Einfluß in dieser Organisation sich nach dem Reichtum der Mitgliedstaaten bemißt. Die 20 wichtigsten Industrienationen beherrschten den letzten Weltkongreß mit der Hälfte der stimmberechtigten Delegierten. Die Bedeutung des Kongreßes ist enorm. Von den Initiatoren selbst wird der Kongreß als Weltwirtschaftsforum der 90er Jahre gesehen, der auf der Basis eines gemeinsamen Interesses beruht: "*Gemeinsam ist allen Mitgliedern des ICC das Interesse an einem möglichst freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen.*" (C.H.Illies, seines Zeichens Präsident der deutschen Gruppe im ICC, Mitglied des Vorstandes des ICC, Mitglied des Vorstandes des deutschen Industrie und Handelstages)

Als Sprachrohr der Wirtschaft genießt der ICC bei Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen in aller Welt einen hervorragenden Ruf. Deshalb und in Verbindung mit den globalen, ökonomischen Veränderungen "*werden die Ergebnisse des ICC- Kongreßes unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaftsstrategien der 90er Jahre haben* ". Inhaltlich wird auf dem Kongreß über Themen diskutiert, die "*sie als Manager in leitenden Positionen unmittelbar betrifft" <...> die weltwirtschaftliche Integration im nächsten Jahrzehnt, weltweite Produkte, weltweite Märkte, weltweiter Wettbewerb...*". Ferner wird sich der Kongreß thematisch mit der Globalisierung der Finanzmärkte, der Informationstechnologie und den Medien, über Anforderungen an moderne Aus und Weiterbildungssysteme, sowie mit der wachsenen Bedrohung durch Markenpiraterie beschäftigen.

Wichtig ist hierbei hervorzuheben, daß der ICC Kongreß kein ausführendes Organ ist und nicht zur Erarbeitung von Positionen dient, sondern rein zur öffentlichkeitswirksamen Verkündigung der aktuellen Positionen im Rahmen einer Propagandashow.

Struktur der Organisation

Organe des ICC sind unter anderem: der Präsident (seit 1988 der schwedische Bankier und Industrielle Peter Wallenberg) mit Vorstand (Executive Board), das zweimal pro Jahr tagende Council, die jährlich stattfindenden Delegierten-Konferenzen und der ICC- Weltkongreß, der alle 3 Jahre stattfindet. Hinzu kommen eine Reihe von Unter- und Nebenorganisationen, wie das Internationale Büro der Handelskammern, der Schiedsgerichtshof, das Generalsekretariat sowie die Fachkommissionen, die offensichtlich die interessante Arbeit machen. Diese Fachkommissionen bestehen aus Industriemanagern und hohen Kapitalfunktionären und tagen mehrmals pro Jahr. Sie erarbeiten zu Einzelfragen gemeinsame Positionen und versuchen dann diese den Regierungen und/oder den überstaatlichen Einrichtungen wie der UN zu vermitteln.
Weltkongreß und Jahreskonferenzen, so auch das Hamburger Treffen, stehen jeweils unter inhaltlichen Schwerpunkten (zum Teil s.o.), zu denen Arbeitsgruppen tagen. Hier nochmal einige Beispiele aus dem Programm:
- Marktwirtschaftliche Instrumente für den Umweltschutz. (soll heißen, daß Wirtschaftswachstum und Umweltschutz nach Kosten/Nutzen Prinzipien organisiert werden sollen).
- Privatisierung - Erfolge und Mißerfolge (hier geht es darum von der Bundespost über die Trinkwasserversorgung bis zur Friedhofsverwaltung alles gewinnträchtig zu privatisieren).
- Verschuldung der " 3.Welt "
- Europa ohne Grenzen - die Weltwirtschaft nach 1992. (Ab 1992 wird die Schlagkraft des EG-Blocks als dritte ökonomische Supermacht neben den USA und Japan verstärkt. Der ICC wird auf dem Kongreß alle Aktivitäten unterstützen, die im Rahmen der Modernisierung des Kapitals nötig sind, um soziale, und ökologische Forderungen zu unterdrücken.

Die Deutsche Gruppe im ICC

In 57 Staaten sind die Mitglieder des ICC zu nationalen Gruppen zusammengefaßt. Die deutsche Gruppe im ICC darf nicht verwechselt werden mit dem Deutschen Industrie und Handelstag, dem Zusammenschluß der Industrie und Handelskammern in der BRD. Die deutsche Gruppe ist eine selbständige Organisation derjenigen Unternehemen und Handeskammern aus der BRD, die Mitglieder des ICC sind.
In den Fachkommissionen des ICC arbeiten über 150 deutsche Manager. Verschiedene Unterorganisationen der ICC wie z.b. das Internationale Büro der Handelskammern (IBCC) werden von Deutschen geleitet.
Präsident der deutschen Gruppe ist seit 1988 Carl-Heinz Illies. Außer ihm scheinen sich noch andere Hamburger Wirtschaftsgrößen auf dem internationalen Parkett zu bewegen. Im Jahresbericht des ICC 1988 heißt es über die damalige Entscheidung in Hamburg zu tagen: "*Für die Hansestadt Hamburg hatte ihre Bedeutung als Welthandelsplatz und das starke Engagement der Hamburger Wirtschaft in den ICC Spitzengremien den Ausschlag gegenüber anderen Bewerbern gegeben.*"
Der internationale Handelskammerkongreß ist eine weitere Aufwertung der Metropole Hamburg als internationale Kongreßstadt, nachdem bereits 1988 das EG-Außenministertreffen und die Nato-Tagung stattgefunden haben. Im Manager-Magazin 3/90 wird Hamburg zum wirtschaftlichen Profiteur der 90er Jahre erklärt. Wachstumstendenzen werden aufgrund der neuen stategischen Lage durch die Öffnung Osteuropas für die Bereiche Handel, Verkehr und Dienstleistungen prognostiziert.

Wer in der deutschen Gruppe des ICC den Ton angibt, dürfte sich an der Zusammensetzung des Vorstandes ablesen lassen: in ihm sind fast alle großen Banken und Konzerne der BRD vertreten, so die Deutsche und die Dresdner Bank, Siemens, Daimler, Hoechst, VW, Mannesmann e.t.c.

Aufgaben des ICC

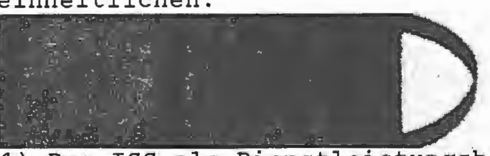
Eine Veröffentlichung der deutschen Gruppe von 1987 erläutert die Rolle des ICC mit folgenden Worten: "*Der ICC vertritt die Prinzipien der Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums. Der ICC fördert die liberale Wirtschaftsordnung. Der ICC unterstützt die Wirtschaft in ihrer internationalen Tätigkeit. Bei den weltwirtschaftlichen Weichenstellungen sind die jeweiligen Stellungnahmen des ICC gegenüber den internationalen Organisationen von erheblicher Bedeutung.<...> Auf vielen <...> Gebieten, die von Bedeutung für den internationalen Wirtschaftsverkehr sind, leistet der ICC seine Dienste durch Erar-*





beitung praxisnaher, weltweit abgestimmter Lösungen. Die Arbeiten werden unter Beteiligung von Fachleuten aller betroffenen Regionen durchgeführt. Die internationale Wirtschaft findet hier eine hervorragende Möglichkeit, die Grundsätze der Marktwirtschaft und einer liberalen Wirtschaftsordnung zu vertreten."*

Sowie aus ihren Veröffentlichungen ersichtlich wird, erfüllt der ICC drei Hauptaufgaben:
- Er bietet verschiedene Dienstleistungen international an (dazu siehe 1)
- Er vertritt die Interessen der von ihm vertretenden Kapitalisten a) gegenüber den nationalen Regierungen, b) gegen die internationalen politischen Apparate (UN) und c) gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit (dazu siehe 2)
- Zu diesem Zweck versucht er zuvor in seinen Gremien die teilweise widersprüchlichen Einzelinteressen seiner Mitglieder auf einen Nenner zu bringen, die Positionen des Kapitals im politischen Raum, bei Fortbestehen der Konkurrenz im wirtschaftlichen Bereich, zu vereinheitlichen.



1) Der ICC als Dienstleistungsbetrieb

Ein Hauptanliegen des ICC ist es, interne Streitigkeiten zwischen Kapitalisten möglichst weitgehend, ohne das Hinzuziehen staatlicher Stellen, intern zu regeln. So schlichtet z.b. der Internationale Schiedsgerichtshof Streitigkeiten zwischen miteinander Handel treibenden Firmen.
Die Nebenorganisationen des ICC, die Counterfeiting Intelligence Bureau und das International Maritime Bureau ermitteln von London aus international gegen sogenannte Markenpiraterie (z.b. ein von Siemens gebautes Radio wird in einem anderen Land ohne Lizenz nachgebaut).
Andere Aufgaben erfüllen eine große Zahl internationaler Seminare, die der ICC zur Fort und Weiterbildung von Managern organisiert. So gab es z.b. 1988 zwei Seminare für Manager aus Trikontstaaten, eines in Lusaka (Sambia) und eines in der BRD. Der ICC spricht hier von der *"Notwendigkeit für Länder der Dritten Welt, eine Anzahl von Führungskräften heranzubilden, die in der Lage sind, Antworten auf Mikro- und Makrowirtschaftliche Fragen zu finden"*.

2) Die ICC Fachkommissionen

Seine Aufgabe scheint der ICC darin zu sehen, die Interessen des Kapitals gegenüber staatlichen und internationalen Gremien wie der UN zu vertreten. Der ICC sieht sich als Lobby des Kapitals, der sich mit anderen Lobbies, z.b. Gewerkschaften in Einzelfragen um Einfluß auf die politischen Apparate streitet.
Auf internationaler Ebene bemüht er sich vor allem um Einfluß bei der UN. Der ICC unterhält dort (in New York und Genf), Verbindungsbüros und besitzt einen sogenannten Konsultativstatus, das heißt, das Recht als Lobby innerhalb der UN die Interessen seiner Mitglieder einzubringen.



a) Kommission für internationale Steuerfragen:

Der Europarat und die OECD (Vereinigung von 23 Industriestaaten einschließlich der BRD) legten im Januar 1988 einen gemeinsamen Entwurf für ein Abkommen vor. Der Vertrag sollte die internationale Zusammenarbeit der Finanzbehörden gegen Steuerflüchtlinge und Steuerhinterzieher verbessern. Die ICC- Kommission beriet diesen Entwurf und agitierte dann in der Presse, wie auch über direktere Kanäle gegen jede Einschränkung erlaubter Steuervermeidung. Über die Landesgruppen des ICC wurde es erreicht, daß die Regierungen der BRD und Großbritanniens noch 1988 erklärten, das Abkommen nicht zu unterzeichnen.



b) Kommission für multinationale Unternehmen und Auslandsinvestitionen

Diese Kommission des ICC dürfte die Interessenvertretung der transnationalen Konzerne sein. Aufgrund kritischer UN-Positionen über die Praktiken transnationaler Konzerne erarbeitete die ICC Fachkommission ein Gegenpapier zum Schutz der Konzerne, mit u.a. folgenden Positionen:

- Wenn die UN den TNKs Verhaltensmaßregeln auferlegen will, dann nur solche, die eine *"Balance zwischen allgemein anerkannten Standards guter Unternehmensführung und sachgerechter Behandlung der TNKs durch die Regierungen"* zum Ziel haben. Übersetzt heißt das, daß die UN den Konzernen die Möglichkeit für Profite garantieren und die Regierungen brav und gefügig sein sollen.
Verbunden wird das Ganze mit der leisen Drohung, wer den Konzernen in die Suppe spucke, verhindere deren Investitionen im Trikont und sei so verantwortlich für dessen Armut.

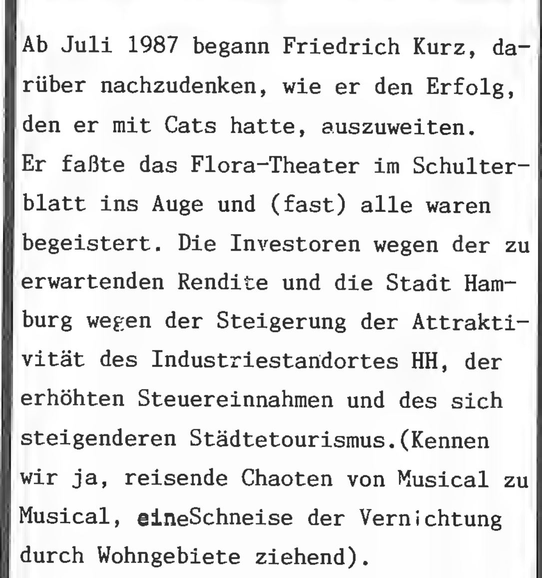
Gemeinsam mit den Internationalen Arbeitgeberorganisationen vertrat der ICC diese Positionen so erfolgreich in den UN Gremien, daß der Jahresbericht 1988 melden konnte: *"Der 4.Bericht über transnationale Unternehmen in der Weltwirtschaft, der vom UN-Center of Transnational Coorparations veröffentlicht worden ist, enthält eine umfassende Anerkennung der positiven Rolle multinationaler Unternehmen und der Marktkräfte bei der Reaktivierung des Wachstums in den Entwicklungsländern."*

c) Kommission für internationale Handelspolitik

Im Mittelpunkt der Arbeit dieser Kommission steht die Einflußnahme auf die Verhandlungen über ein neues GATT-Abkommen. Diese Verhandlungen werden von ca. 1oo Staaten geführt und begannen 1986 in Uruguay, weshalb sie "Uruguay-Runde" genannt wird. GATT- Abkommen gibt es seit Ende der vierziger Jahre; sie regeln die Bedingungen des internationalen Handels, z.b. die Höhe von Zöllen, Einfuhrbeschränkungen e.t.c. Bislang ging es vor allem um den Handel mit Industrieprodukten. Die Uruguay-Runde soll eine neue Qualität bringen, denn auf Drängen der USA wird nun auch verhandelt:
- über die Abschaffung von Subventionen und Schutzzöllen im Agrarhandel
- über den freien Handel mit Dienstleistungen (z.b. Bank- und Versicherungsdienste, Medien, Kommunikationstechnologien, Tourismus e.t.c.)
- über den weltweiten Schutz geistigen Eigentums, d.h. die weltweite Anerkennung von Patenten.

Die ICC-Fachkommission hat zu verschiedenen Einzelfragen gemeinsame Positionen der Konzerne formuliert, die sie jeweils mit politischen Vertretern, die an den GATT-Runden teilnehmen, diskutieren. Inwieweit dann die Forderungen der ICC-Kommissionen, Einfluß auf die Entscheidungen der politischen Vertreter haben, kann mensch dann wohl an drei Fingern abzählen. Nicht die Staaten, sondern die internationalen Konzerne diktieren ihre Forderungen.

So, das waren die wesentlichen Informationen zum ICC-Kongreß. Es hätte weit ausführlicher und genauer sein können, doch reichte die Zeit und die Lust nicht aus, mehr und besser zusammenzustellen.



Kurzer Abriß der Flora-Geschichte

Ab Juli 1987 begann Friedrich Kurz, darüber nachzudenken, wie er den Erfolg, den er mit Cats hatte, auszuweiten.
Er faßte das Flora-Theater im Schulterblatt ins Auge und (fast) alle waren begeistert. Die Investoren wegen der zu erwartenden Rendite und die Stadt Hamburg wegen der Steigerung der Attraktivität des Industriestandortes HH, der erhöhten Steuereinnahmen und des sich steigenderen Städtetourismus.(Kennen wir ja, reisende Chaoten von Musical zu Musical, eineSchneise der Vernichtung durch Wohngebiete ziehend).
Nebenher ein guter Testlauf für die Stadt im Hinblick darauf, wie die Bevölkerung, der noch von anderen Großprojekten bedrohten Stadtteile, auf die Veränderung ihrer Lebensumwelt und der Umstrukturierung ihrer Stadtteile reagieren würde.
Die city-untypische Bewohnerin (Hans-Ulrich Klose) wehrte sich.
Der teifere Hintergrund der Kulturkonserve "Phantom" war schnell erkannt: Neue Kultur, neue Läden, neue Mieter oder Eigentumswohnungsbesitzer.
Für die ansässige Bevölkerung und die Kleinladenstruktur der Anfang vom Ende.
Ein Mosaikstein beim Aufbau des Unternehmens Hamburg (von Dohnanyi) und platzschaffend für die einkommensstarken Schichten des Dienstleistungsgewerbes, die wieder in die Innenstadt drängen und unterhalten werden wollen. Der Standort Hamburg sollte blühen.
Der Widerstand vor Ort bestritt das reichhaltige Programm der Aufklärung und des direkten Widerstandes. Flugblätter, Pressemitteilungen, Aktionen vor Cats, am Bauzaun, Platzbesetzung, Demos, sowie Anschläge auf am Bau beteiligte Banken und Firmen.
Der Staat reagierte wie gewöhnlich. Eine Dauerpräsenz von Hundertschaften im Viertel bezog endlich auch die Bevölkerung ein, die vorher nie gefragt wurde, was sie denn von dem Projekt hielte.
Das hatte zur Folge, das Menschen die dem Projekt bisher ambivalent gegenüberstanden, von der Bullenpräsenz genervt waren, sich fragten warum ein Kulturpalast von Hundertschaften gesichert werden müße und sich mehr mit den Argumenten der GegnerInnen des Projektes auseinandersetzten.







Diverse Abrißgenehmigungen und Baugenehmigungen störten den Widerstand nicht. Er hielt 9 Monate an.
Dagegen taten sich zwischen Senat, Kurz, Investoren und Bullerei Risse auf.
Als dann auch noch diverse Kleinhändler an der Max-Brauer-Allee weggeholzt werden sollten, war der Bogen überspannt.

Trotz Baugenehmigung passierte wochenlang nichts. Am 13.9.1988 erklären Senat und Kurz den Verzicht auf den Standort Schulterblatt, wegen mangelnder Akzeptanz im Stadtteil.
Gleichzeitig wird der neue Standort am Holstenbahnhof präsentiert. Dies ohne Prüfung der Bauanträge und wieder ohne Einbeziehung der dort ansässigen Bevölkerung.
War die Verhinderung des Musicals am Schulterblatt ein guter Erfolg, so gelang es aber nicht den Widerstand über 800 m Luftlinie zu tranferieren. Nach anfänglichem Bemühen, einen ähnlich gearteten Widerstand wie an der Flora aufzuziehen, was nicht gelang, konnte das Gebäude, mit dem Charme eines Hochsicherheitstraktes, relativ unbehelligt hochgezogen werden. So fiel der "Widerstand" fast völlig den Umstrukturierungsgewinnlern (Ottensen) der GAL-Altona in die Hände und bewegte sich nur noch auf der rechtlichen Ebene ohne was zu bewegen.

Zu den Phantomenalen Tagen soll der alte Flora-Widerstand wieder erwachen.
Machen wir den Herr-und Frauschaften Feuer unterm Pelz !





Programm Stand 14.Juni:

22.6. um 19.Uhr einstündige Sendung zur Aktionswoche in Radio St.Pauli (offener Kanal, 97.1.).

23.6. ab 11.Uhr MieterInnendemonstration ab U-Bahn Feldstraße

23.6. ab 20.Uhr Eröffnungsfete in der Roten Flora. 5DM Eintritt zur Finanzierung der Aktionswoche, Live-Musik, Disco, kein Alk!

24.6. tagsüber Gegenkultur Parkfest im Sternschanzenpark am Wasserturm

24.6. Abends In der ESG Grindelallee Veranstaltung zur Situation der Gefangenen in Spanien. (Ex-Gefangene berichten)

25.6. 19.Uhr Dia Vortrag über die Flora in der Flora.

25.6. GAL Veranstaltung im Curio-Haus: Hat der Kapitalismus gesiegt? Mit VertreterInnen von PDS und Neuem Forum

26.6. ab 16.30 Uhr Demonstration vom Gänsemarkt bis zum Nobistor. Die Demoroute geht vom Gänsemarkt über Jungfernstieg, Große Bleichen, Wexstraße, Großneumarkt, Kleine Steinstraße, Ost-West Straße, Reeperbahn bis zum Nobistor.
Danach Begrüßung der Freßgäste in der Fischauktionshalle

27.6. ab 20.Uhr Tam Tam Madam (westafrikanische Frauentrommelgruppe), anschließend Musik-Krach-Störung der (Hotel)Ruhe in der Innenstadt.(Lärm und andere Akkustik-Instrumente) mitbringen.

27.6. ab 23.Uhr Sternschanzenbahnhof. Von dort in die Innenstadt mit einer lauten Motorrad-Demo. Motto: Mein Auspuff war schon immer defekt.

28.6. ab 18.Uhr "3.Welt" Hafenrundfahrt mit mehreren Schiffen.

29.6. ab 16.30 Uhr am Sternschanzenbahnhof, dann Demonstration zum Phantom mit Musik, Gastgeschenken, und viel Phantasie (bunte Kleider).

mögliche Anfahrtswege der Freßsäcke sind fett markiert

Congress Centrum Hamburg

Gänsemarkt

Großneumarkt

Millerntor

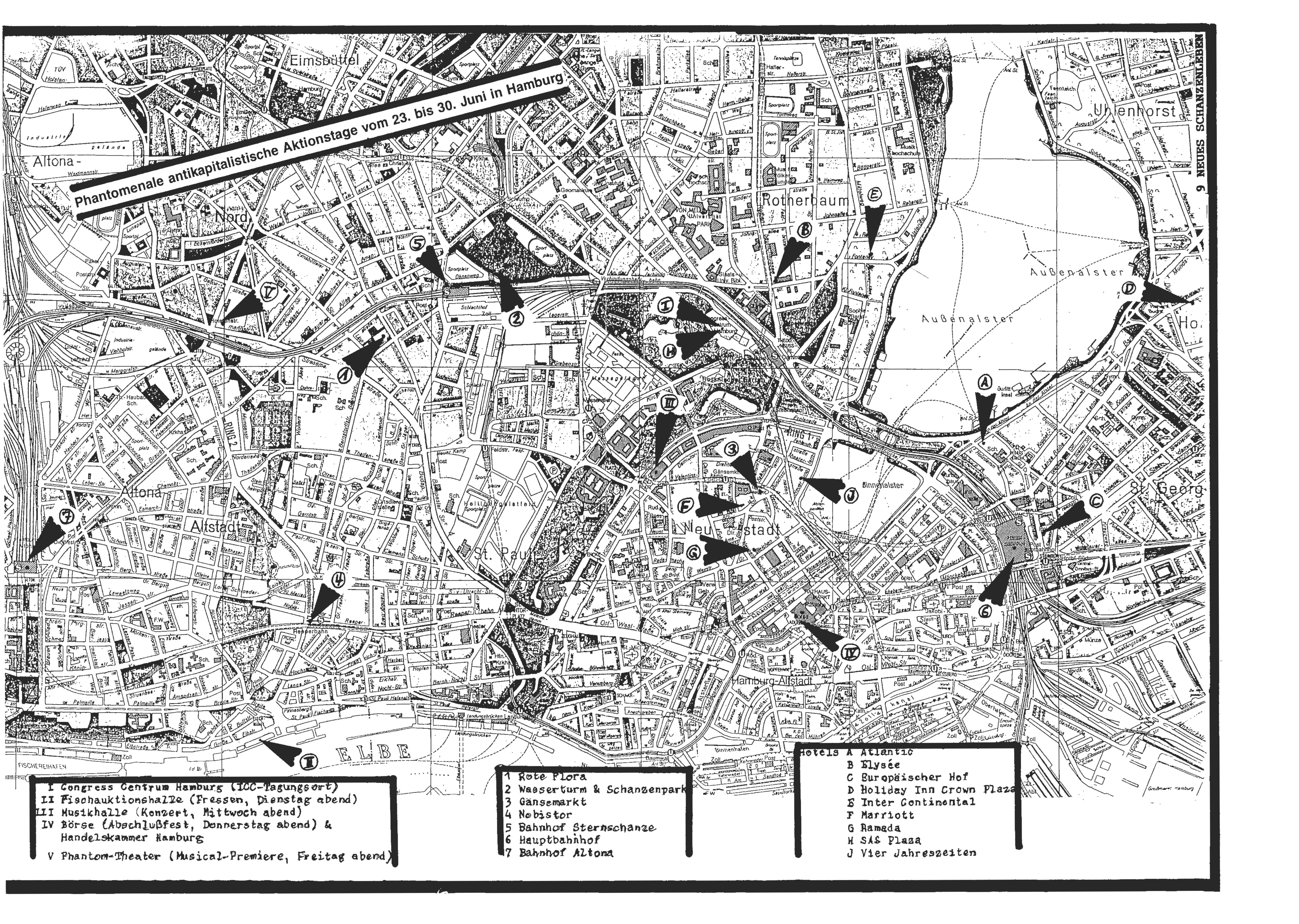
Nobistor

Fischauktionshalle

Der Ermittlungsausschuß ist während der Woche ebenfalls ständig besetzt. Telefon: 310717

Schließlich stehen die Sanis die ganzen Tage über für Notfälle zur "Verfügung".

Das Info Büro zur Aktionswoche ist Montags von 18.-21.Uhr, und Donnerstags von 16.-19.Uhr geöffnet.(In der Roten Flora).
Während der Aktionswoche ist es täglich ab 11.Uhr besetzt.
Die Nummer vom Büro ist 040/4395413


Phantomenale antikapitalistische Aktionstage vom 23. bis 30. Juni in Hamburg
9 NEUES SCHANZENLEBEN
Eimsbüttel
Altona-Nord
Rotherbaum
Uhlenhorst
Außenalster
Binnenalster
Altona-Altstadt
St. Pauli
Neustadt
St. Georg
Hamburg-Altstadt
ELBE
I Congress Centrum Hamburg (ICC-Tagungsort)
II Fischauktionshalle (Fressen, Dienstag abend)
III Musikhalle (Konzert, Mittwoch abend)
IV Börse (Abschlußfest, Donnerstag abend) & Handelskammer Hamburg
V Phantom-Theater (Musical-Premiere, Freitag abend)
1 Rote Flora
2 Wasserturm & Schanzenpark
3 Gänsemarkt
4 Nobistor
5 Bahnhof Sternschanze
6 Hauptbahnhof
7 Bahnhof Altona
Hotels A Atlantic
B Elysée
C Europäischer Hof
D Holiday Inn Crown Plaza
E Inter Continental
F Marriott
G Ramada
H SAS Plaza
J Vier Jahreszeiten

„Fahndungsunion" übt sich an RAF

Gut getarnte RAF-Agenten



RAF - Eldorado in der DDR

Das Gegengewicht zur Fußball-WM in den Sensationsmedien bildet zur Zeit die umfangreiche Berichterstattung über Festnahmen mutmaßlicher RAF-Mitglieder in der DDR. Auch SPIEGEL-TV war sich nicht zu schade, von "sensationellen Fahndungserfolgen bei der Suche nach international gesuchten Topterroristen" zu berichten. Durch den hochbrisanten Hausflur eines Ostberliner Mietshauses führte die Kamera den verängstigten Zuschauer ins Elend des sozialen Wohnungsbaus unserer Brüder und Schwestern. Zeitzeugen wie der Hausmeister konnten detailliert über die Tatsache berichten, daß beim Bezug der Wohnung seinerzeit von irgendwem die Schlüssel abgeholt wurden.

Halten wir uns zunächst an das Evidente: Was in der Bundesrepublik als Untergrund der 2., 3., 4. RAF-Generation inszeniert wurde, war für einige sogenannte „Top-TerroristInnen" biederer realsozialistischer Alltag. Hausrat, Beruf, Kinder und „gesellschaftliche Tätigkeit". Das frappierende der Fahndungserfolge ist die Botschaft der Trivialität. DDR-Normalität im Platten-Neubau.

Sensationelle Erkenntnis: Perfekte Tarnung in kleinbürgerlichen Verhältnissen und die Feststellung, daß die DDR-Führung in diesem Fall bei der Resozialisierung von "Schwerstkriminellen" anscheinend die Nase vorn hatte. "Natürlich" müssen mutmaßliche RAF-Mitglieder, auch wenn sie sich seit 10 Jahren im Ruhestand befinden, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt werden.

Aus dem Tenor der Erfolgsmeldungen brach gestern als einziger der Bundesvorstandssprecher der Grünen, Hans-Christian Ströbele, aus. Er regte im Hinblick auf die vier am Donnerstag Festgenommenen an, die in der DDR lebenden ehemaligen Terroristen „dazulassen, wo sie sind". Die jetzige Fahndung sei deshalb „inkonsequent", weil sie der früheren Absicht der Sicherheitsbehörden zuwider laufe, daß RAF-Aussteiger „irgendwo ein gesichertes Leben führen können". Der Präsident des Kölner Verfassungsschutzes soll gestern auch erklärt haben, die „Aussteigerprogramme" seien gerade auch im Hinblick auf die möglicherweise in der DDR lebenden früheren RAF-Mitglieder entwickelt worden. *wg.*

Vielleicht wird auch durch hochgespielte Berichterstattung versucht, den Festgenommenen eine Gefährlichkeit vorsichtshalber zuzuschreiben, weil sie eben tatsächlich seit ihrem Untertauchen keine Gefahr mehr darstellten.

Aber bei den Verhaftungen in Magdeburg, Cottbus, Frankfurt/Oder und Berlin-Marzahn spricht doch alles für das deutsch-demokratische Privatleben. Es ist auch plausibel und es gibt entsprechende Hinweise, daß es da irgendeine deutsch-deutsche Verständigung der Geheimdienste gab. Das wäre eine Art schleichender Amnestie, eine Art Akzeptanz der DDR als Aussteigerland. Mithin wäre in der DDR etwas realisiert worden, was in der Bundesrepublik politisch verhindert wurde: die gesellschaftliche Befriedung. Damit wäre auch der Umkehrschluß berechtigt: Durch die realsozialistische Aussteiger-Chance konnte die reale Notwendigkeit weggenommen werden, die hierzulande vielleicht eine politische Lösung erzwungen hätte. Alle bekamen was sie brauchten: Die Bundesrepublik die dauerhafte Bedrohung durch den Terrorismus, die RAF den Mythos des permanenten Kampfes gegen das System und die Stasi, ja, was bekam sie?

Vollends überzogen kommt dann aber die Argumentation der gesamtdeutschen Sicherheitsorgane daher, wenn es heißt, gerade dieses Verhalten sei bloße Tarnung gewesen. Haben demnach die RAF-Exilanten von Zeit zu Zeit mit falscher Identität rübergemacht, um nach Erhalt des Begrüßungsgeldes erst die BRD mit Anschlägen zu überziehen und sich dann alsbald wieder feige ins sichere Versteck zurückzuziehen ?

Das alles mit Unterstützung des Stasi, weil dessen angebliche DKP-Sabotagetrupps nicht so recht in die Puschen kamen

Ließ der Stasi die RAF zum Morden in den Westen?

Einleuchtend, daß sich die neuen DDR-Staatsschützer von ihrem Negativ-Image dadurch abzusetzen suchen, daß sie Honnis Schützlinge medienwirksam einsammeln und dem großen Bruder BKA als Mitgift anbieten. Das bereitet die zukünftige "Zusammenlegung" der deutsch-deutschen Sicherheitsbehörden zwecks Effektivitätssteigerung optimal vor. Rebmann bzw. von Stahl und Co. können ihre schmutzige Arbeit erneut mit einer Terrorismusgefahr legitimieren und demnächst wieder eine Stammheim-Premiere inszenieren. Dies könnte Thronfolger von Stahl vor allem deshalb aufatmen lassen, weil Amtsvorgänger Rebmann als GBA bei seinem letzten Versuch einer Open-Air-Inszenierung in der Hafenstrasse trotz immens teurer Produktion schlechte Kritiken bekam, so daß ein Rückgriff auf Altbewährtes naheliegt. Im Zusammenhang mit neuen RAF-Prozessen könnte es sogar wieder zu Sympathie-Aktionen kommen, mit denen der Repressionsapparat für die nächsten Jahre ausgelastet wäre.
Dann wäre die Lücke bis zur Einrichtung des geplanten Europäischen Kriminalamtes (EKA) unter Federführung deutscher Sicherheitsstrategen geschlossen. Die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange (Stichwort: Schengener Abkommen).

Szenario 92

Die Wirtschaftsmacht BRD expandiert ihren Repressionsapparat in Zukunft also direkt in die neueroberten osteuropäischen Märkte und den dominierten EG-Binnenmarkt. Bisher exportierte sie nur Repressionsmittel und -methoden, über die sie die Verfügungsgewalt im Ausland abgeben mußte. Sie bereitet sich damit auf ihre zukünftige Rolle als Weltpolizist neben den USA für den Europäischen Raum vor und klopft jetzt ihre Führungsrolle auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit (Europas) fest. Von einer größeren Freizügigkeit im Europa der Zukunft werden wohl nur die Konsumartikel profitieren.



Die Bullen greifen nach den Sternen

Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit

Herausgeber: Bürger kontrollieren die Polizei (Bremen), CILIP — Bürgerrechte und Polizei (Berlin), Straßenmedizin — Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen (Hamburg)

Mit Beiträgen von: H.-G. Behr, H. Busch, N. Bethune, Chr. Busold, O. Diederichs, R. Gössner, J. Quattremer, W. Raith, F. Scheuerer, M. Schubert, D. Schulze-Marmeling, H. Wächtler, Th. Weichert, A. Yurttagül

Inhalt: TREVI–Schengen–Europas Sicherheitsbehörden machen mobil; Festung Europa — Grenzen dicht für Flüchtlinge; BKA: im Rausch der Drogen; Europa im Datennetz; „Terrorismusbekämpfung" — Hebel zur westeuropäischen Vereinheitlichung gegen politische Opposition; Organisierte Kriminalität in Westeuropa (eine kontroverse Debatte; Nordirland — Lateinamerika in Europa? u.a.m.

Vollständige Dokumentation der Schengener Verträge

Broschüre, 64 Seiten, DIN A 4
ISBN 3-88876-039-9

DM 8.50

Bestelladresse: Straßenmedizin c/o BI Umweltschutz Unterelbe Hohenesch 63 (Hinterhaus), 2000 Hamburg 50



Faschistenpropaganda

Am nachmittag des 14.6.(Donnerstag) wurden im Schanzenviertel drei unterschiedliche, faschistische Flugblätter in die Briefkästen verteilt.
Das eine propagiert das übliche Deutschland den Deutschen und ist von einer "Bürgeraktion unsere Zukunft" mit Postfach in Hameln.
Verantwortlich für den Inhalt zeichnet ein Stefan Koller, Siedlungsweg 23, 3401 Landolfshausen. Im Göttinger Telefonbuch (Landolfshausen) ist weder ein Koller verzeichnet, noch gibt es diese Hausnummer im Siedlungsweg.
Das zweite Flugblatt richtet sich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau auf Abtreibung. Das Motto ist hier: Wer nichts gegen Abtreibung tut, darf auch nicht von "Kämpfern des 3.Reiches als bestialischen Mördern sprechen."
Der/die Verfasser des Textes, der offensichtlich aus einer umfangreicheren Broschüre stammt, bestehen auf vollausgewachsenem Schlachtvieh für ihre Idiotengedanken.
Wie sie sich die Zukunft vorstellen, erkennt mensch auf einem Beipackzettel. Drei Photos mit typisch deutschen (blond, blöd, blauäugig) Jungen und Mädchen unter dem Hakenkreuz.
Das dritte Flugblatt stammt von der FAP, ein Bild von Rudolf Heß mit dem Spruch "Nicht vergessen".
Sachdienliche Hinweise bei uns, oder beim Antifa-Telefon: 432187; Jeden Mittwoch von 19-21 Uhr oder per Post: Antifa-Info-Telefon c/o Schwarzmarkt , Paulinenplatz 15, HH 36;

WILHELMSBURGER UNRUHEN

Während hier in der Flora am letzten Sonntag ne durchaus gelungene Stadtteilparty ablief, fand 'n paar Kilometer weiter, einmal über die Elbe, drüben in Wilhelmsburg ne Veranstaltung ganz anderer Art statt:
prügelnde bullen, Tränengasgranaten, Molis und Steine, gebrochene Rippen und Nasen, ein abgesperrter Stadtteil, eine ausgebrannte Spielhalle, nächtliche Verhaftungen, Nachrichtensperre - Folgen des alltäglichen Rassismus in der Bullenrepublik Deutschland. Die Betroffenen - ausländische Jugendliche und ihre Familien.
Ausgangspunkt war ein schon seit Wochen schwelender Konflikt zwischen einem deutschen Spielhallenbesitzer und seinen hauptsächlich ausländischen Kunden, die sich dort trafen. Da sie dem Besitzer wohl nicht rentabel genug waren, d.h. nicht genug Geld in seine Daddelautomaten steckten wurden sie schon des öfteren der Halle verwiesen, schickaniert, beschimpft und mit Hausverbot belegt. So passierte es auch mal wieder am Sonntag nachmittag, nur daß diesmal noch gleich ein Schlägertrupp und dann die Wilhelmsburger Polizei zu Hilfe geholt wurden. Eine Eskalation war vorprogrammiert und wohl auch beabsichtigt.
Knüppelschwingend erstürmten die Bullen die Spielhalle während draußen die Reifen ihrer Wagen an Luft verloren. Drinnen wurde auf bereits in die Acht gelegte eingeprügelt während draußen immer mehr Jugendliche ihrem Unmut über dieses Vorgehen Luft machten. Wenig später traf dann der uns wohl bekannte Einsatzzug-Mitte aus der Lerchenstraße ein und knüppelte den Weg zur nahegelegenen Bullenwache von Wilhelmsburg frei. Dorthin formierte sich denn auch eine Demonstrationszug von Eltern, Jugendlichen und Anwohnern, die die Freilassung der Gefangenen forderte. Die Reaktionen der Bullen, die jetzt bereits eine Kette vor der Bullenwache aufgezogen hatten: "Schade, daß mein Hund jetzt nicht da ist; der würde gern mal türkisches Blut lecken. - Nee, das wär nicht gut für ihn, da würde ihm ja schlecht werden. - Am 1. Januar seit ihr fällig (neues Ausländergesetz). - Wir werden schon verhindern, daß hier eine zweite Hafenstraße entsteht."
Derart provoziert stürzten einige Jugendliche auf die Bullenkette zu, wurden dann aber durch gezogene Schußwaffen und den Einsatz der (neuen?) Gasgranaten zurückgetrieben. Die sich daraufhin entwickelnden Auseinandersetzungen mit Mollies, Steinen, Knüppeln und Gas zogen sich bis in die Nacht. Als es sich dann weitestgehend beruhigt hatte wurden gegen Mitternacht dann noch diverse Leute von den Bullen aus ihren Wohnungen herausgeholt und bis zum nächsten Morgen im Berliner Tor festgehalten, angeblich in Schutzhaft. Die Spielhalle, die Ausgangangspunkt der Auseinandersetzungen war wurde am nächsten Morgen ausgebrannt vorgefunden.



Montagabend ging es dann weiter. Es gab einen weiteren Bulleneinsatz in einer anderen Spielhalle, dem wieder einige Leute verletzt und verhaftet zum Opfer fielen.

Soweit zu den Vorkommnissen, die interessant erweise außerhalb Wilhelmsburgs niemand zur Kenntnis nahm. Eine kurze Radionotiz Montagfrüh - danach Stillschweigen. Ein Zweizeiler in der Morgenpost, wonach 30 Jugendliche ein Polizeiauto beschädigten und Dienstag ein völlig schweinischer Artikel in derselben Zeitung, der von einer Wilhelmsburger Jugendbande erzählt, die sich von Raub, Drogenhandel und Prostitution ernährt und die nun der Polizei drohe (Original Polizeiverlautbarung) - das war's. Nichts von den Folterungen in der W'burger Bullenwache, nichts von den Straßensperrungen auf der Veddel und der Autobahnausfahrt W'burg, nichts vom Gaseinsatz und von den Verhaftungen nach GESTAPO-Manier, nichts von der Demonstration, der Schließung diverser Kneipen aus Protest gegen dieses Bullenvorgehen und dem Aufwachen der Immigrantenfamilien: Jahrelang müssen wir Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Nazi-Übergriffe ertragen, dann bedroht ihr uns mit neuen Ausländergesetzen und jetzt schlagt ihr unsere Kinder und verhaftet sie. Früher (z.B. letztes Jahr nach der MEK-Razzia gegen die W'burger TürkBoys) haben wir unseren Kindern verboten, solche Sachen zu machen. Jetzt sehen wir, daß sie recht hatten, sich zu wehren.

„Der heiße Draht"



Das Antifa-Info-Telefon

Das Antifaschistische Telefon gibt es seit Januar 1990.
Das Projekt besteht aus Gruppen, teilweise antifaschistischen Stadtteilgruppen und Einzelpersonen. Die Idee zu dem Telefon ist nach dem 20.4.89 (Hitlers 100.Geburtstag) entstanden, da an und vor diesem Tag eine große Panikmache stattfand und es keine Stelle gab, wo überprüfte Infos zu bekommen waren, was die Faschisten wirklich machen.
Beim Telefon sollen Leute anrufen, die Aktivitäten der Nazis mitbekommen, die sich bedroht fühlen oder die selbst Informationen, z.B. über ihren Stadtteil brauchen. Das Telefon soll die Koordination zwischen den unterschiedlichen antifaschistischen Gruppen fördern. Die Telefon-Gruppe versteht sich nicht als Eingreiftruppe, sondern will die antifaschistische Selbsthilfe fördern. Angerufen werden soll aber nicht nur bei nazistischen Aktivitäten, sondern auch bei rassistischen Praktiken von Behörden, Bullen, Vermietern etc..
Die eingegangenen Informationen werden nach der Überprüfung regelmäßig in einem Info-Blatt veröffentlicht.(z.B. gezielte Denunziation von organisierten Faschisten)
Die Telefon-Gruppe sieht sich als Ergänzung und Hilfe für bestehende und sich bildende Antifa-Gruppen in Schulen, Betrieben und Stadtteilen.
Die Gruppe ist auf Spenden und MitmacherInnen angewiesen.

New's von Cafè Döse

Das DÖSE ist leider geschlossen.............
... so oder ähnlich war in der letzten Zeit immer wieder an der Tür des Cafes in der Bartelstr. zu lesen, so daß manche/r wieder abdrehen und Kaffeedurst und Kuchenhunger wo anders stillen mußte.
Das DÖSE in der Krise ????
Klar, daß solche Unregelmäßigkeiten dann auch zu einem Rückgang der Gästezahlen führen und die SchichtschieberInnen für Stunden sich selbst die besten Gäste sind. Das ist einerseits oft stinklangweilig und auf Dauer auch finanziell nicht tragbar, da das Cafe ohnehin (trotz unbezahlter Arbeit) nur knappe Überschüsse abwirft, die - wenn vorhanden - für Öffentlichkeitsarbeit, Prozesse oder besondere Projekte verwendet werden sollen.
Im Mai gab es nun zwei Krisentreffen aller Gruppen, die das DÖSE betreiben, als da wären: Dienstag Männercafe, Mittwoch Frauencafe und Samstag die Schanzenini-West. Die restlichen vier Tage versuchte bislang die alte Dösegruppe zu füllen, die allerdings zum Großteil identisch ist mit der Gruppe "Muskat" und so auch wieder mehr mit ihrem ursprünglichen Ziel beschäftigt: der Verwirklichung eines Wohnprojektes in den Laue-Häusern in der Schanzenstraße 56-62. Es wurde davon ausgegangen, daß das Cafe schon weiter liefe, aber die ersten Engpässe traten dann schnell auf. Verstärkte Jobberei Reiselust und bei Einigen nach gut einundhalb Jahren Rödelei für und ums Cafe auch die schwindende Lust, sind u.a. die Gründe dafür, daß an den Döse/Muskattagen nicht immer alle Schichten bbesetzt werden konnten (Uff, Scheißbandwurmsatz, der Tipper). Für die Gruppe heißt die Konsequenz: Sie übernehmen wie die anderen Gruppen auch nur noch ein bis zwei Tage in der Woche.
Da es zunehmend schwieriger wird, Einzelne für Schichten zu gewinnen, soll das Konzept dahingehend verändert werden, daß auch die verbleibenden Wochentage verbindlich von Gruppen übernommen werden. Diese können dann an ihren Tagen neben dem Cafebetrieb ihre Vorstellungen von einem Stadtteilcafe einbringen. Etwa einmal monatlich könnten sich die Gruppen treffen, um Probleme zu besprechen und zu überlegen, was mit den Überschüssen geschieht. Mittlerweile gibt es schon eine erweiterungsbedürftige Gruppe von 4-5 Frauen, die den Montag übernehmen, Muskat und Rote Hilfe werden Freitag und Sonntag übernehmen. Bleibt demnach noch der Donnerstag, für den noch eine Gruppe gesucht wird, die Zeit (14h-20h) und Lust hat, die Annehmlichkeiten eines selbstverwalteten, scenenahen und saugemütlichen Stadtteilcafes zu geniessen: ein fester Treffpunkt, Möglichkeiten zur Selbstdarstellung, Infos weitergeben und bekommen, nicht zu vergessen: Kaffe, Kuchen und Musik!!!!!!
Bis sich diese Gruppe findet, ist das DÖSE donnertags erstmal geschlossen. Gern gesehen sind natürlich auch "EinzelkämpferInnen", die sich bei Lust und Laune schnell in den Plan hinterm Tresen eintragen können. Gerade im Sommer wird es wohl immer etwas knapp werden - Gruppen hin, Gruppen her.
Leider mußte auch die Badewannenbenutzung eingestellt werden, da trotz aller Mahnungen sich doch immer wieder Badegäste an den Vorräten vergriffen haben. Ein so knapp kalkuliertes Cafe kann sich das auf Dauer nicht leisten, außerdem haben wir keine Lust beschissen und übers Ohr gehauen zu werden!
Der Schuh, der viele drückt, ist die inhaltliche Bestimmung des Cafes. Ein Info-Cafe kann das Döse nur sein, wenn dort tatsächlich auch Infos fließen, und das hängt logischerweise ab von der Lebendigkeit und den Aktivitäten derer, die das Cafe nutzen. Gerade der Verkauf des Laue-Komplexes und die dabei zu befürchtenden Umstrukturierungen machen deutlich, wie wichtig neben der Roten Flora weitere Anlaufpunkte für alle Betroffenen sind - zum Kennenlernen, Austauschen und Organisieren des Widerstandes.
Deshalb findet zunächsteinmal ein Sommerfest imund ums Döse statt: Am 7.7.90 wird gemeinsam gefeiert und informiert und ausgetauscht.



BRIEFE * BRIEFE * BRIEFE * BRIEFE * BRIEFE *



BRIEFE *

Leserbrief zu dem Beitrag: Im Viertel, ums Viertel herum, aus Neues Schanzenleben 3/90

Profitgeier oder Verbündete gegen die Umstrukturierung? Was ist los mit dem Einzelhandel?

Vorab: Eine Kritik von Leuten aus der "Szene" sich von Menschen in den Stadtteilen abzugrenzen, die auch mit den herrschenden Verhältnissen unzufrieden sind, finde ich in Ordnung, genauso eine Kritik an Sichtweisen, die nicht über die Grenzen der Stadtteile hinausgehen.
Allerdings denke ich, daß Projekte wie die Rote Flora ein Ansatz sind, um mehr mit den Menschen im Stadtteil in Kontakt zu kommen. Was noch fehlt ist der Blick über den Tellerrand der eigenen Bedürfnisse, das Kennenlernen von Betrieben, Schulen, Kindergärten usw., um Kontakt zu bekommen mit vielen Menschen und die Widersprüche des Kapitalismus breiten Schichten offenzulegen, genauso wie die Möglichkeit unsere Interessen gemeinsam durchzusetzen.
Eben: "Heraus aus dem Getto, hinein in die Stadtteile!" Und hier komme ich zu einem Punkt in dem Beitrag über den ich mich sehr geärgert habe: ZUM EINZELHANDEL! In dem Beitrag wird der Eindruck erweckt, kleine Läden seien Teil des Kapitalismus genauso wie Penny oder andere Konzerne, seien eben auch nur am Profit interessiert wie diese und deswegen müßten wir, wenn wir das überhaupt als richtige Aktionsform ansehen, eben auch ihre Scheiben einschmeißen wie die jener Konzerne (das ist etwas polemisch dargestellt). Im[1] gehe es der "Szene"[2] um einen Angriff auf die Kapitalverhältnisse, sondern um das Konservieren des Bestehenden, wobei die Bündnispartner beliebig seien. Zunächst einmal denke ich, daß das Einschmeißen von Scheiben (z.B. der deutschen Bank) immer eine symbolische Aktion ist, die unter dem Blickwinkel ihrer Vermittelbarkeit diskutiert werden muß. Das sehen die VerfasserInnen des Beitrags wohl auch so. Unter diesem Blickwinkel die Zerstörung kleiner Läden zu diskutieren und dann noch von Gezieltheit zu sprechen, finde ich absurd. Wem wollen wir mit so einem Blödsinn etwas klarmachen?
Ich will hier keinesfalls den Einzelhandel idealisieren, aber es geht nicht an, kleine Läden mit Monopolkapitalisten wie Edeka oder der Deutschen Bank zu vergleichen. Die Monopolkapitalisten diktieren unter weitgehender Ausschaltung der freien Konkurenz die Marktbedingungen, denen die kleinen Läden unterworfen sind.
Ich denke, hier ist eine viel genauere Klassenanalyse notwendig, eine genaue Beobachtung, wer wo unter welchen Bedingungen arbeitet, wer wo für wen etwas anbietet usw. (die "Schicki-Micki-Läden" werden von uns ja deswegen abgelehnt, weil sie sich an eine bestimmte Kundenschicht wenden, sowohl durch die Aufmachung, als auch durch die unbezahlbaren Preise!).
Historisch gesehen, wurden kleine Kaufleute als Teil des Kleinbürgertums immer als mögliche Bündnispartner angesehen, nicht zuletzt 1974 in Italien. Das Stadtteilkomitee Borgo San Paolo:
" Die kurzfristigen Ziele wie Grünflächen (Flora Park läßt grüßen) und Sozialeinrichtungen beziehen immer die gesamte Bevölkerung ein, das grundsätzliche Ziel aber, die Umwälzung des Systems, dürfte ausschließlich das Proletariat ansprechen, einsschließlich der kleine Kaufleute und des Kleinbürgertums, letzte werden als unerläßliche Verbündete der Arbeiterklasse betrachtet." (aus "Turiner Kollektiv Stadtteilarbeit", Merve Verlag 1974 S.53)
Meiner Ansicht nach ist der Einzelhandel kein beliebiger "Bündnispartner"; wenn wir uns gegen die kapitalistische Umstrukturierung der Stadtteile und der ganzen Stadt durchsetzen wollen, können wir uns unsere Bündnispartner überhaupt nicht aus suchen! Es ist wohl eine Realität, daß der Widerstand gegen Kurz und für die Rote Flora durch die Unterstützung eines Teils der kleinen Läden eine Stärkung erfahren hat, genauso ist es eine Realität, daß die kleinen Läden durch die Umstrukturierung in ihrer Existenz bedroht sind. Das ist eine Frage von Widersprüchen im Kapitalismus, eine Frage von gemeisamer Interessenlage. Es gibt da durchaus Unterschiede!

1 Übrigen 2 nicht

Drogeninfo's 2. teil

PALETTE

In der letzten Ausgabe des Schanzenlebens haben wir damit begonnen dem Thema Drogen, hier der illegalen Drogen, einen größeren Umfang zu widmen. In der letzten Zeit wurden auch wir im Schanzenviertel damit sichtbar konfrontiert, die einzige Einrichtung für Drogenabhängige im Viertel ist die "Palette", wir werden deshalb in dieser Ausgabe die Arbeit der Palette darstellen:

Die Palette ist ein Verein, der Drogenabhängige betreut, die durch Ärzte oder jetzt auch der Drogenambulanz mit den Medikamenten L-Polamidon/Methadon oder Remedacen substituiert werden. Unsere Arbeitsschwerpunkte liegen in der Beratung, ambulanten Therapie und Betreuung von KlientInnen. Viele unserer KlientInnen sind HIV-positiv bzw. AIDS-erkrankt.

Die Palette versteht sich als eine suchtakzeptierende Institution, die versucht, die Betroffenen sozial und psychisch zu stabilisieren. Im folgenden wollen wir unseren Arbeitsansatz etwas umfassender darstellen, um daraus auch politische Konsequenzen für die Arbeit mit Drogenabhängigen abzuleiten.

Unser oberstes Ziel ist nicht die Drogenfreiheit unserer KlientInnen, sondern ein selbstbestimmtes Leben. Oder, anders ausgedrückt: ein besseres Leben!

Das fängt oft damit an, sich um ganz einfache Grundbedürfnisse zu kümmern, die viele Heroinabhängige im täglichen Drogenbeschaffungsstreß kaum noch wahrnehmen konnten: eine Wohnung, Kleidung, halbwegs gesundheitsverträgliche Ernährung, vertraute Beziehungen zu anderen Menschen, Gesundheits- und Körperpflege. Außerdem sind oft Probleme zu lösen, die durch das Leben in der Illegalität entstanden sind, z. B. laufende Strafverfahren und horrende Schulden. Bei all diesen Problemen können wir nur Unterstützung anbieten, sie unseren KlientInnen aber nicht abnehmen.

Wir meinen, daß viele das Ziel, "eines Tages drogenfrei leben zu können", mit Hilfe von Remedacen oder L-Polamidon und der psychosozialen Begleitung erreichen können. Wir gehen aber davon aus, daß es dazu Geduld bedarf und dieser Moment nicht zu früh in Angriff genommen werden sollte. Wir denken da langfristig und meinen, daß es den KlientInnen erst sehr gut gehen muß bevor sie ihr Medikament völlig aufgeben und wieder versuchen, ohne "Krücken" zu gehen. Dazu gehört auch das Wissen, daß gelegentliche Drogenrückfälle oder ein sogenannter "Beikonsum" als Teil eines Entwicklungs- und Auseinandersetzungsprozesses mit der eigenen Sucht für viele KlientInnen fast unvermeidbar ist. Uns geht es nicht darum, solche Ausrutscher zu bewerten oder zu "bestrafen", sondern sie mit unseren KlientInnen zusammen aufzuarbeiten.

Dennoch gibt es natürlich auch bei uns Regeln, die eingehalten werden müssen, um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dazu gehört, daß Termine verbindlich wahrgenommen oder abgesagt werden. Tabu sind für uns

- die Anwendung von Gewalt
- Drogenkonsum und -handel in den Räumen der Palette.

Gelingt es uns nicht, diese Regeln zur Basis der Zusammenarbeit mit einem/einer KlientIn zu machen, beenden wir gegebenenfalls das Betreuungsangebot (in der Praxis kommt dies allerdings sehr selten vor).

Als Grundprinzipien unserer Arbeit betrachten wir, daß streng vertraulich, auf der Basis der Freiwilligkeit, mit Respekt, Akzeptanz und Achtung für die Betroffenen gearbeitet wird.

Je nach Bedarf und Notwendigkeit erhalten die KlientInnen mindestens eine psychotherapeutische Einzelstunde pro Woche und zusätzlich wenigstens auch eine Gruppensitzung pro Woche (z. B. Frauen-, Freizeit-, HIV-positiv-, L-Polamidon/Remedacengruppen).

Ein besonderer Aspekt unserer Arbeit ist die Doppelproblematik von Drogenabhängigkeit und HIV-positiv bzw. AIDS-Erkrankung. Die Verzweiflung vieler unserer KlientInnen, die aus ihrer "Drogenzeit" die schwere Hypothek einer HIV-Infektion mitbringen, ist uns nur zu gut verständlich.

Wir versuchen, sie über den Charakter dieser Erkrankung zu informieren und aufzuklären und sie bei der Umstellung auf eine gesündere Lebensweise zu unterstützen. Wenn KlientInnen von uns ins Krankenhaus müssen oder zu Hause bettlägerig sind, versuchen wir, soweit wie möglich, ihnen mit Krankenbesuchen Beistand zu leisten. Wir wissen, daß wir damit nicht das ersetzen können, was von Angehörigen oder engen Freunden in so einer Situation zu erwarten wäre - aber für viele sind wir die einzigen verläßlichen Bezugspersonen, die ihnen überhaupt geblieben sind.

Abschließend ist festzustellen, daß die Anzahl der KonsumentInnen illegaler Drogen rapide zugenommen hat. Allein in Hamburg gibt es, trotz Verbot und Verfolgung, zwischen 7 bis 10.000 Heroinabhängige; dieses Jahr werden wahrscheinlich 120 weitere Menschen aufgrund fehlender Hilfsangebote an ihrer Sucht sterben. Durch das bestehende BTM-Gesetz werden sie in die Kriminalität geführt; um ihre (teure) Sucht zu finanzieren, müssen sie sich prostituieren oder strafbar machen. Nicht vorhandene dezentrale Spritzenvergabe oder -tauschstellen bergen die Gefahren gesundheitlicher Risiken (z. B. HIV-Infektion).

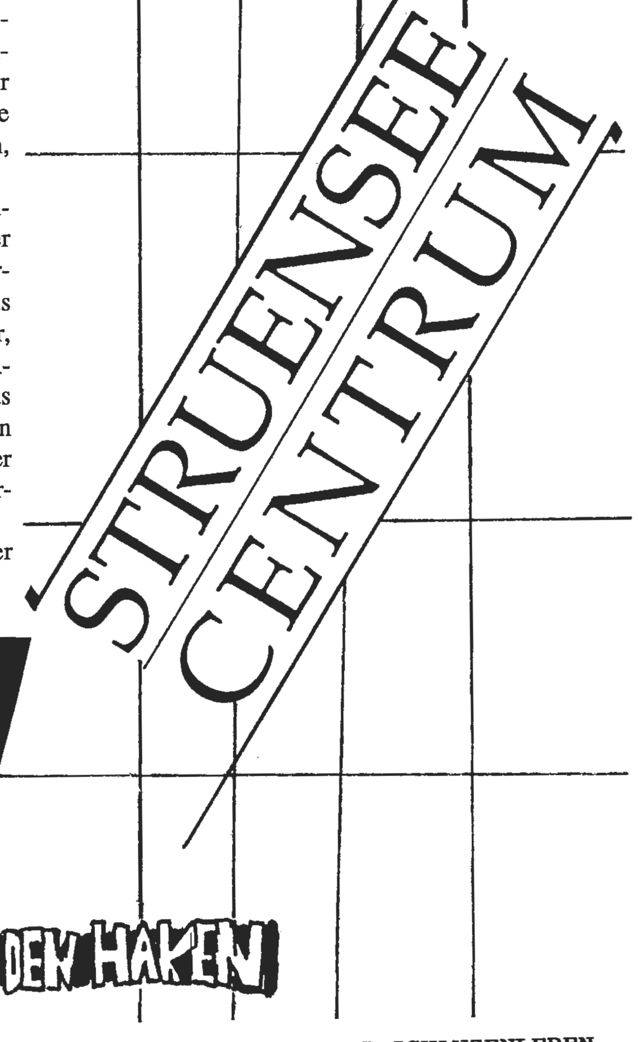
Die staatliche Drogenpolitik hat nicht nur zu einem breiten Verelendungsprozeß geführt, sondern sie kalkuliert mit ihrem (Nicht) Handeln den Tod von Suchtkranken ein.

Die Palette setzt sich für ein breit gefächertes Hilfsangebot ein.

Unser Arbeitsansatz, mit Hilfe von Substitutionsmitteln die KlientInnen zu stabilisieren, ist **EINE** Möglichkeit einen Teil der Heroinabhängigen zu erreichen. Wir müssen uns aber dafür einsetzen, daß es eine Vielzahl anderer Möglichkeiten gibt, um den Betroffenen effektiv und individuell am sinnvollsten zu helfen.

Viel zu oft scheitern diese Anstrengungen noch an gesellschaftlicher Ignoranz und Mangelzuständen.

Palette Tel.4302777







FÜR DEINE FREIHEIT GEH NICHT AN DEN HAKEN



Im folgenden veröffentlichen wir einen Beitrag der MieterInnengruppe Schwarze Katze, in dem zur Organisierung eines Mietstreiks Stellung genommen wird. Die Idee ist, zunächst mit 100 Menschen kollektiv die jeweilige Miete um mindestens 10% zu kürzen.
Wir haben einige Bedenken hinsichtlich der Fragen, ob a) eine solche Aktion politisch sinnvoll ist und ob b) sie überhaupt praktisch zu organisieren ist. Deshalb drucken wir im Anschluß an den Mobilisierungsbeitrag mit Einverständnis der MieterInnengruppe Teile des Protolls einer Diskussionsveranstaltung vom 21.5.1990 ab. Sie geben ein Bild von den Problemen und Widersprüchen einer Mietstreikkampagne. Wir fordern alle interessierten Menschen dazu auf, den eigenen Zweckpessimismus ("klappt doch eh nicht") zurückzustellen und die eigenen Ängste und Widersprüche auf den wöchentlichen Treffen (Montag, 20.00 Uhr, Thadenstr. 118) zu diskutieren.

In Erwägung, daß wir in Häusern wohnen
die wir bezahlt, instandgehalten und gebaut
haben wir beschlossen die Miete nicht mehr zu löhnen
die da oben haben uns schon genug beklaut

1.a)WOHNUNGSNOT?

Von "Wohnungsnot" sind so ziemlich alle betroffen. Sei es in Form von Obdachlosigkeit, Wohnungs- und Häuserverkauf, mangelhafte bis gesundheitsgefährdende Wohnverhältnisse, Eigenbedarfskündigungen und vor allem durch die hohen Mieten.
Es wird von fehlenden Wohnungen gesprochen. Ein Blick in die entsprechenden Zeitungsanzeigen zeigt, daß dieses nur die halbe Wahrheit ist. Bezahlbare Mietwohnungen gibt es in der Tat zu wenige, die Rubriken, in denen Eigentumswohnungen zu finden sind werden jedoch größer. Es ist also richtiger, davon zu sprechen, daß wir nicht genug Geld haben um die Profitsucht der Eigentümer zu befriedigen.
Den Eigentümern geht es nicht um die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben, Wohnraum nach den Bedürfnissen der Menschen zu schaffen, sondern um möglichst hohe Profite für "ihre" Investitionen.
Während der Anstieg der sonstigen Lebenshaltungskosten ungefähr den Einkommensteigerungen entsprechen, sind die Mieten etwa dreimal stärker gestiegen. (Lebenshaltungskosten 83-88 + 7%, Mietkosten 83-88 + 20,2%) So muß heute 30%-40% für Miete gezahlt werden. Besonders betroffen sind Menschen mit geringerem Einkommen.
Folge davon sind in Hamburg 40.000 Wohnungslose. Folge davon ist auch, daß ArbeiterInnen gezwungen sind Überstunden zu machen oder schlecht bezahlte Teilzeitjobs anzunehmen. Ein weiterer Aspekt der Wohnungsnot ist die Vertreibung der BewohnerInnen innerstädtischer Viertel und die Vertiefung der Spaltung in der Bevölkerung. So glauben viele, für die Wohnungsnot seien die Immigranten verantwortlich.

b) WOHNUNGSNOT WIRD GEMACHT!

Die sogenannte "Wohnungsnot" ist keine Krise, die wie eine Naturkatastrophe über die Menschen hereinbricht. Es leuchtet jeden und jeder ein, daß dieser Zustand nicht so sein muß. Damit die Schuld nicht bei den wirklich Verantwortlichen gesucht wird, versuchen die verantwortlichen Politiker den schwarzen Peter den Immigranten in die Schuhe zu schieben (siehe z.B. neues Ausländergesetz). Diese Sündenbockideologie wird von den Rechten nur zu gern aufgegriffen. Um den wirklichen Charakter der "Wohnungsnot" zu verstehen muß mensch deren Entwicklung in Zusammenhang mit den entsprechenden Maßnahmen der regierenden betrachten.
Im Kern besteht die Wohnungspolitik spätestens seit den 80ern darin, die Kosten der Wohnungsversorgung für den Staat zu senken und die Verantwortlichkeit für die Wohnraumversorgung dem privaten Kapital zu überlassen. Für Privatkapital im allgemeinen fällt jede unmittelbare soziale Verpflichtung weg und seine Motivation besteht viel direkter in der Profitrealisierung. Die Rahmenbedingungen privatkapitalistischen Engagements im Wohnungsbereich sind also das möglichst einwandfreie Funktionieren des Wohnraumes als Ware und des Wohnungsmarktes.
Der soziale Wohnungsbau wurde 1986 gänzlich eingestellt. Die Subventionsmittel wurden jetzt in eigentumsfördernde Bauvorhaben gelenkt. Die Behörden erteilen in großem Umfang Abgeschlossenheitserklärungen für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Öffentlich geförderter Wohnraum wird massiv verkauft. Wohnviertel werden zu Sanierungsgebieten erklärt und lassen sich nach "Wohnumfeldverbesserungen", Abrissen und Luxusmodernisierungen besser vermarkten. Die "Mietpreisbindungen", resultierend aus dem sozialem Wohnungsbau der 50er und 60er Jahre wurden nicht erneuert und die Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaukon-

Auszüge des Protokolls der Diskussionsveranstaltung am 21.5.90

"1) Miete als Kampfmittel

- Was ist mit Sozi-EmpfängerInnen, die die Miete eh bezahlt kriegen und eh schon genug Ärger mit dem Sozi haben, ausländischen Jugendlichen, die erstmal eine Wohnung brauchen oder Rentnern, die erstmal Sozi beantragen müßten? Was ist im jeweiligen Stadtteil möglich?
- Was ist mit Zwangsräumungen (es sind ca. 2.000 Zwangsräumungen p.a. in Hamburg), Miete wird ja schon von Leuten, die keine andere Möglichkeit mehr haben, nicht gezahlt.
- Für welche Gruppen ist Mietkampf tatsächlich das Ding und welche anderen Kampfformen, Mittel sind notwendig?
- Frage ist eher, welche Gruppen sind zu Mietkampf bereit und haben was davon, nicht welche Gruppen dagegen sind.

.

.

.

3) Mietboykott, eine 10%-oder-wie-auch-immer-Aktion

- Die Diskussion kreiste ziemlich schnell um den Vorschlag einer 10%-Mietboykott-Aktion, wobei klar wurde, daß das nur eine Aktionsform sein kann, andere Aktionsformen mit anderen Gruppen sind genauso in Erwägung zu ziehen.
- Eine 10%-Aktion ist als Beginn einer Kampagne gedacht, als propagandistische Aktion, die zu einer breiteren Bewegung führen kann.
- Ziel einer solchen Aktion sollte erst einmal sein, weniger Miete zu zahlen, einen "Lerneffekt" zu erreichen, daß die Miete nichts mit dem Kostenfaktor zu tun hat, sondern durch ein Kräfteverhältnis (wir gegen die Vermieter) bestimmt wird.
- Anfangen könnte die Aktion, wenn eine bestimmte Anzahl Wohneinheiten zu einem Stichtag die Miete kürzt, dieses politisch begründet - und dieses durch breite Öffentlichkeitsarbeit propagiert.
- Bis zu einem absehbaren Erfolg einer solchen Kampagne sollte die Miete erst einmal nur zurückgehalten werden. Schwierig ist aber, daß genügend Leute auf den gekürzten Mietanteil zum Leben angewiesen sind. Hiermit muß umgegangen werden. Ebenso mit Leuten, die jetzt schon vor der Räumung stehen.
- Der Vorteil von 10% wäre, daß genügend Zeit bliebe, um die Aktion zu verbreitern, bevor eine ernsthafte Repression einsetzt. Gelingt der Versuch, zu einer Bewegung zu werden, nicht, wird die Miete halt wieder gezahlt. Gewinnen können wir eine Bewegung mit großer Eigendynamik, verlieren nur, nach einer bestimmtem Zeit die Miete doch zu zahlen.
- Die Aktion dürfte sich aber nicht zu lange hinziehen, bei 10% wäre ein kritischer Punkt erst nach 20 Monaten erreicht, bei 20% schon nach 10 Monaten. Es müßte gelingen, nach einer bestimmten Zeit den kritischen Punkt gemeinsam zu erreichen, um zu sehen, ob 1.000 oder mehr zusätzliche Kündigungen und Räumungen durchsetzbar sind.
- Wie kriegen wir es hin, daß nach einem Scheitern der Kampagne nicht einzelne Leute im *(hoffentlich nur juristischen Regen)* stehen???
- Wunder Punkt ist: Wie kriegen wir Leute dazu, sich an der Kampagne zu beteiligen? Möglich ist vielleicht, 100/200 Leute zum Anfangen zusam-

menzubekommen, es sollte aber der Versuch gemacht werden, mehr zu werden.
- In Verbindung mit stadtteilbezogenen Treffpunkten könnte eine Struktur aufgebaut werden, die schlagkräftige Kampfformen entwikkeln kann. Vorhandene Treffpunkte müßten hier genutzt werden, z.B. solche anderer MieterInnen-Inis.
- Nur die Teilnahme am Boykott reicht aber nicht aus, die Leute müssen sich an der Kampagne beteiligen. An dieser Beteiligung an der Kampagne wird sich auch messen lassen, ob die Leute auch wirklich mitmachen.
- Massive Propaganda (Veranstaltungen, Flugis, Rundfunk, Presse) ist nötig.
- Woher aber die Einschätzung, daß sich viele Leute beteiligen? Die letzte MieterInnen-Demo war vergleichsweise recht schlapp. Hier können wir nur ausprobieren, die Kampagne möglichst breit in möglichst viele Stadtteile zu tragen.
- Eine 10%-Aktion ist als direkte Aneignung einsehbar, aber als Kampfmittel? Z.B. bei einer Zwangsräumung wegen Eigentumsumwandlung, wem nützt das dann? Hier müßte mit anderen Mitteln agiert werden, der gänzlichen Verweigerung der Miete, wenn ich sowieso raus muß, oder der Verhinderung der Zwangsräumung.
- Wir müssen uns darüber im Klaren sein, welche Bedeutung die Wohnung für uns hat! Und welche Schwierigkeiten damit verbunden sind, die Wohnung aufs Spiel zu setzen. Im Augenblick sieht die Aktion eher nach einer symbolischen Mietverweigerung aus.
- Neben der relativen materiellen Sicherheit ist die andere Ebene aber der Ärger, den ich bekomme, ich habe genug Ärger. Dagegen bekomme ich aber den Spaß an der Aktion und die Möglichkeit, zusammenzukommen und Kommunikation und Treffpunkte aufzubauen.

.

.

.

5) Politische Zielrichtung

.

.

- Was ist mit einer Forderung nach massiver Mietpreisbindung und diese über eine Mietboykottkampagne durchzusetzen. Es gäbe ein konkretes politisches Ziel an die Hand.
- Eine Forderung mit der Kampagne zu verbinden ist fragwürdig, was wir nicht durchsetzen können, brauchen wir nicht zu fordern - was wir durchsetzen, wird nachträglich ohnehin legalisiert.
- Einer Kampagne muß eine konkrete Perspektive zu Grunde liegen, sonst beteiligt sich doch niemand daran.
- Eine Parole ist sicherlich notwendig, aber eher in der Form "Miete ist zu hoch - Mietminderung ist möglich. Keine Profite mit der Miete"

.

.

.

6) Von der Kampagne zur Bewegung? Schluß und Ausblick

Einigkeit besteht darüber, daß der Versuch, eine Mietboykottkampagne zu starten, sich trotz aller Schwierigkeiten lohnt. Ein Einstieg über eine 10%-Kampagne wird angesichts der momentanen Stärke/Schwäche als realistisch eingeschätzt.
Am Samstag, den 23.6.90 findet die nächste MieterInnen-Demo statt, auf der auch ein Redebeitrag gehalten wird. Zudem soll ein eigenes Flugblatt verteilt werden.

zerne ist seit 1990 aufgehoben. Bereits ab 1981 wurde die "Staffelmiete" eingeführt und damit das 2.Wohnraumkündigungsschutzgesetz praktisch außer Kraft gesetzt. Eine Änderung des Mietrechtes 1983 erweiterte den Spielraum der Hausbesitzer für Mieterhöhungen erheblich.
Diese Maßnahmen führen zur Verknappung und Freigabe der Ware Wohnraum und damit nach den "Marktgesetzen" zur Erhöhung der Mieten (bei Neuvermietung steigt die Miete in HH z.Z. durchschittlich um 33%). Die "Notbremsen", die jetzt landauf landab beraten und teilweise verordnet werden sind eine Reaktion auf die erste Welle breiteren MieterInnenprotestes. Von sogenannten Wohnungsbauprogrammen bis zu gewissen Mieterhöhungsbegrenzungen, dem Stop der Verkäufe und der Erschwerung von Umwandlungen handelt es sich jedoch ausschließlich um Versuche der herrschenden, diesen Protest zu beruhigen ohne substanzielle Zugeständnisse zu machen.

2) PROTEST ODER WIDERSTAND?

Der MieterInnenwiderstand ist breit und vielfältig. Viele MieterInnen wehren sich individuell mit Mietminderungen und Prozessen oder wenden sich gegen den Verkauf ihrer Wohnungen. MieterInnen größerer Siedlungen protestieren gemeinsam gegen Verkaufsabsichten und drohende Mieterhöhungen oder den gesundheitsgefährdenden Zustand ihrer Wohnungen. Der Dachverband der Hamburger MieterInneninis und die Mietervereine machen sich zu politischen Sprechern dieser MieterInnen, führen Beratungen durch, schreiben Protestbriefe und organisieren Öffentlichkeit. Häusergruppen und die Autonome Szene versuchen sowohl mit direkten Aktionen als auch mit Verhandlungen einzelne Häuser für sich zu bekommen oder bestimmte, den Stadtteil verändernde Projekte zu verhindern.
Breite und Vielfältigkeit der MieterInnenbewegung gehen jedoch bis jetzt einher mit Zersplitterung und mangelnder Durchsetzungsfähigkeit. Die meisten Gruppen beschränken sich auf "ihre" Wohnungen oder Häuser und ihre eigenen speziellen Probleme. Mit unterschiedlichen Befriedungsangeboten (für die einen ein Wohnprojekt, für die anderen ein "Scheinwohnungsbauprogramm", für wieder andere einen vorläufigen Verkaufsstop) wird die MieterInnenbewegung immer wieder gespalten, während die Mieten steigen, Menschen ausgesondert werden oder ganze Viertel umstrukturiert werden.
Wir halten es für notwendig, den Widerstand gegen die genannten Entwicklungen zu koordinieren und die Forderung nach gutem, billigem oder kostenlosem Wohnraum für alle gemeinsam durchzusetzen. Für viele Menschen ist das nicht nur eine Frage des politischen Willens, sondern materielle Notwendigkeit. Wir denken, daß sich eine authentische, kämpferische MieterInnenbewegung nur um das unmittelbare Bedürfnis, die Miete zu reduzieren, entwickeln kann. So erforderlich unterschiedliche Vorgehensweisen sind - Hausbesetzungen, Demos, Beratungen etc. - , zeigt sich die Stärke der Bewegung an der Fähigkeit, die Miete anzugreifen.

3)ORGANISIEREN WIR DEN MIETSTREIK!

Ziel eines Mietstreiks ist es, die Mietspirale zu stoppen, das Mietniveau allgemein zu senken, und Forderungen nach Wohnraumverbesserungen durchzusetzen.
Wir haben uns vorgenommen MieterInnen aus ca. 100 Wohnungen zu finden, um mit diesen einen breiten Mietstreik zu diskutieren und den Anfang zu machen. Von einem bestimmten Datum anwollen wir die Miete ohne eine individuelle Begründung (Mängel) um einen verabredeten Prozentsatz kürzen. Das kann nur Aussicht auf Erfolg haben wenn unsere Mietstreikaktion während einer anhaltenden Phase von Agitation und Aktion auf breite Zustimmung stößt und die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen die Aktion aufgreifen - ebenfalls die Miete kürzen.
Wir denken dabei am Anfang an die "Linke", von der wir nicht nur erwarten, ihre Miete zunächst um 10% - 30% zu kürzen, sondern auch, in möglichst breiter Form Aktionen zur Senkung der Miete zu machen. Die Kreativität ist gefordert! Transparente, Flugblätter, Veranstaltungen, Zeitungen, Radios, ...

Wir wissen, daß viele Menschen einen Mietstreik für eine ungeheuer aufwendige und riskante Aktion halten. Diese Bedenken hängen damit zusammen, daß die Wohnung eine absolut wichtige Lebensgrundlage ist, die niemand gefährden möchte und daß die Verweigerung von Miete unweigerlich mit Rausschmiß gleichgesetzt wird. Letzteres ist aber nicht so. Es ist sogar äußerst unwahrscheinlich, daß selbst bei "Mißlingen" einer massenhaften Verweigerungsbewegung Räumungen durchgezogen werden können. Wir behalten diesen Punkt natürlich mit allen juristischen Feinheiten genau im Auge. Wichtigste Tatsache ist aber, daß niemand vor erreichen einer Mietschuld in Höhe von 2 Monatsmieten überhaupt rausgeklagt werden könnte. Über alle diese Schwachpunkte und Möglichkeiten wollen wir natürlich auch zusammen reden. Wir können aber nicht garantieren, daß es überhaupt keine Unannehmlichkeiten geben wird. In jedem Falle glauben wir, daß diese Aktion in der momentanen Situation breit aufgegriffen wird. Wer die Miete nicht mehr zahlen kann oder die Schnauze voll hat vom Stress mit dem Vermieter sollte den Aufwand einer MieterInnenselbstorganisierung nicht scheuen.

Notwendig wird von Anfang an sein:
- eine regelmäßige Koordination in Form von Plena, Delegiertentreffen, Stadtteiltreffen,
- uns auf aktuelle Mietkonflikte und MieterInnenstrukturen zu beziehen,
- teilzunehmen an den Diskussionen um den Verkauf von "staatlichen" Wohnungen, Asbestsanierungen, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und vorzuschlagen die Forderungen mit Mietboykott durchzusetzen
- unsere Strukturen (Treffpunkt, Druckereien usw.) zur Verfügung zu stellen,
- Aufbau von selbstorganisierten Treffpunkten,
- eine regelmäßige Information nach innen und außen (Zeitungen, Flugblätter),
- die Diskussion um Räumungen (Räumungsverhinderungskombo, Räumungstelefon, Rechtsschutz),
- eine Diskussion um den Zusammenhang von hohen Mieten und Arbeitszwang (z.B. Teilzeitjobs für mieses Geld für Frauen),
- eine Diskussion um den Zusammenhang von Wohnungsnot, Rassismus und um sich greifenden Faschismus,

Wir fordern alle Interessierten auf, sich an der Diskussion und der praktischen Umsetzung unseres Vorschlages zu beteiligen.

MieterInnengruppe der Schwarzen Katze
Montags 20:00 h, Thadenstr.118, Tel.:432124

Schanzenturm und Wasserpark



Presseerklärung

Heute, am 28.5.90, beschäftigt sich der Kerngebietsausschuß (KGA) zum zweiten Mal unter Ausschuß der Öffentlichkeit mit dem Wasserturm. Schon im April schützte ein großes Polizeiaufgebot dienicht-öffentliche Suche nach einem Investor. Auch heute werden wieder nur die Mitglieder des KGA Zutritt haben.
Warum wird soviel Polizei eingesetzt?
Wovor haben die PolitikerInnen Angst?

Der Schanzenpark ist ein wichtiger und unersetzbarer Erholungsbereich für die Bevölkerung der umliegenden Stadtteile; der Park ist die einzige größere Grünanlage in einem dicht besiedelten Gebiet. Statt für die angrenzenden Viertel für weiteres Grün zu sorgen und das bestehende zu erhalten (Flora-Park), werden das Karolinenviertel, das Schanzenviertel, Eimsbüttel-Süd und Altona-Nord mit Großprojekten belastet:
- das geplante Luxus-Hotel an der Feldstraße
- die Phantom Oper am Holstenbahnhof
- die Mehrzweckhalle für 15.000 Menschen, die nach dem Willen Voscheraus auf dem Heiligengeistfeld gebaut werden soll.

Dazu kommt (z.T. auch durch die Großprojekte bedingt) die schleichende Verschlechterung unserer Lebensbedingungen: Mietpreissteigerungen, Erhöhung der Ladenmieten mit der Folge von Preiserhöhnungen, Verkauf des Laue-Komplexes ohne Offenlegung der Planungen.

In dieser Situation wird ohne öffentliche Beteiligung eine Nutzung für den Wasserturm gesucht. Und: Das gesuchte Konzept soll sich selbst finanziell tragen. Diese " Auflage " der Konzeptsuche hat ganz erhebliche Folgen:

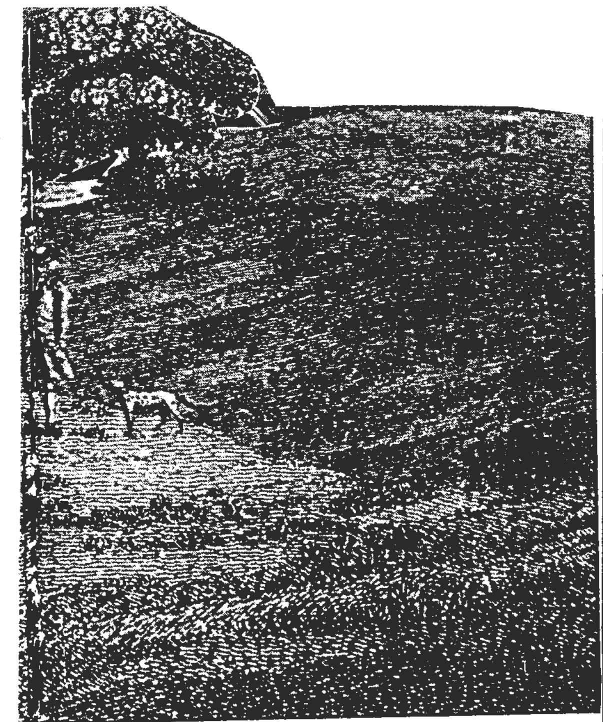
Da der Turm nun mal als Wasserbehälter und nicht als Hotel gebaut worden ist, sind die Umbaukosten enorm hoch: Bei allen eingereichten Konzepten, die eine detaillierte Kostenschätzung aufweisen, liegt die Untergrenze für einen Umbau bei 20 Millionen DM. Da nun in den Wasserturm nicht beliebig viele Geschosse eingezogen werden können, muß die Nutzung einen hohen Ertrag bringen. Daraus folgt wiederum, daß die Nutzungen möglichst teuer sein müssen und/oder möglichst viele Leute anlocken, die das Geld durch Masse wieder einbringen. Und genauso sehen die vier Konzepte auch aus, die in die engere Wahl genommen wurden:
- Manfred Milz'High-Tech-Turm: "Zukunftsorientierte Kommunikationsbrachen" für zukunftsorientierte Yuppies. Kein weiterer Kommentar.

- Carl Vogels "Museum für zeitgenössische Kunst" auf 14 Etagen. Mit dem Anspruch, einmalig in ganz Europa zu sein.

- Das Projekt der Herren Berg und Buse sowie der Architekengruppe Medium: Der Turm soll mit Restaurant, Ateliers, StudentInnenwohnungen, Ausstellung und Museum total zugebaut werden. Der Erhalt der Kessel wird so zur Farce, weil sie gar nicht mehr mit ihrer ursprünglichen Funktion gemeinsam haben. Ständiger Publikumsverkehr durch 90 StudentInnenwohnungen und das Restaurant sind ein erheblicher Eingriff in den Park.
- Das Konzept des Münchner Investors Storr, der nicht weniger im Turm unterbringn will: Restaurant, Mehrzweckhalle, Museum, Thermalbad und Ateliers. Die geschätzten Umbaukonsten 20 Mio. DM sollen allein durch Restaurant, Bäder und im wesentlichen durch die Ateliers finanziert werden, die Preise werden dann entsprechend sein.
Durch die Auflage, sich selbst zu finanzieren, wird eine behutsame, sich in den Stadtteil einfügende Nutzung von Anfang an ausgeschlossen. Wenn von Seiten des Bezirks und den HWW immer von " behutsamen " Konzepten geredet wird, und das Bild einer öffentlichen Diskussion um den Turm gezeichnt wird, dann heißt " behutsam " nichts anderes, als Akzeptanz in der Bevölkerung zu **schaffen, um ein Konzept nach ihren** Vorstellungen durchzusetzen:
- Durch die Einrichtung eines Koordinierungsausschuß. Das Ziel, dem Ausschuß einen Anschein von Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu geben, wurde nicht erreicht, er mußte aufgelöst werden.
- Durch eine Reihe von schwammigen " Auflagen ", die das Ausmaß des Umbaus verschleiern sollen: Die geforderte " Öffentliche Nutzung im weitesten Sinne (Ausschreibungstext) und den Erhalt des äußeren Erscheinungsbildes bei gleichzeitigem Umbau des Turms.
Weder Senat und HWW noch der Bezirk sind an einer behutsamen stadtteilbezogenen Nutzung interessiert. Ihre Politik orientiert sich nicht an den Interessen der Bevölkerung in den Stadtteilen, sondern daran, wie Hamburg Metropole der Zukunft werden kann. Das heißt, daß
- die Ansiedlung zu zukunftsorientierten Unternehmen (aus den Bereichen Computer, Mikroelektronik, Kommunikationstechnik, Biotechnik, Unternehmensberatung, Consulting, Medien.....) in der westlichen Inneren Stadt (Karolinenviertel, Schanzenviertel, ST. Pauli sowie

Teile von Altona-Altstadt und Ottensen) gefördert wird. Diese Viertel müssen einen Wohn- und Freizeitwert haben, sowie "kulturelle und soziale Attraktivität" (Olympiagutachten) aufweisen.
- Hamburg als Kongreß- und Medienstadt soll ausgebaut werden. Deswegen das Hotel an der Feldstraße, deswegen der Umbau der Fleetinsel mit Luxushotel und " Büro- und Ladenflächen für den Anspruch von morgen", deswegen Kongresse wie der der International Chamber of Commerce (ICC).

Um diesen Weg zum " Macht und Entscheidungszentrum", zum Brückenkopf nach Skandinavien und Osteuropa durchzusetzen, bedarf es erstens einer immer stärkeren Repression und Kriminalisierung von Andersdenkenden und zweitens einer Abschwächung des Widerstandes durch Befriedung. Gerade die Zunahme der Repression und Kriminalisierung ist in den letzten Wochen besonders

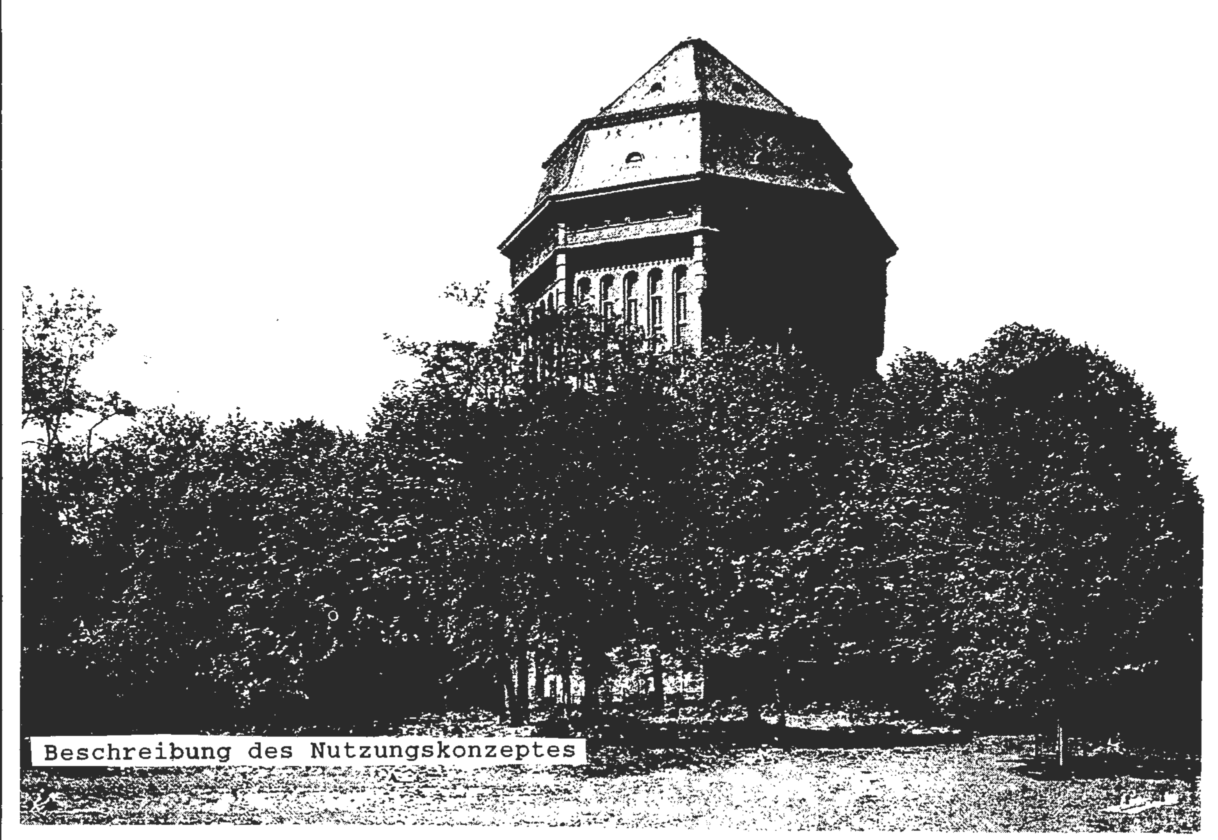


deutlich geworden: Räumung der LaMa- Häuser im Karolinenviertel, Großrazzia in der Hafenstraße, Hetzkampagne in der Presse mit der Gleichsetzung RaF-Hafenstraße-Flora. Während so Widerstand gegen städtische Umstrukturierungsabsichten massiv bekämpft und zerschlagen werden soll, hat die Anfang dieses Jahres gegründete Stadterneuerungsgesellschaft (Steg) die Aufgabe, den Widerstand gegen eine profitorientierte Wohnungspolitik mit Floskeln wie " behutsamer Stadterneuerung " zu kanalisieren und abzuschwächen.

Der Wasserturm soll sich in diese Politik einreihen, gesucht wird ein Projekt, daß die umliegenden Stadtteile für neue Bevölkerungsschichten aufwertet und attraktiv macht. Deswegen lehnen wir die vier Konzepte der engeren Wahl ab!
Wenn schon eine Nutzung, dann muß sie extensiv sein: Wenig Publikumsverkehr, keine Renommierprojekte. Und wenn schon argumentiert wird, der Turm soll erhalten bleiben, dann bitte richtig: Architektonisch sind die Kessel und das Innenleben des Turms das Interessante.
Wir fordern, den Wasserturm zum Industriedenkmal umzubauen, ihn instandzusetzen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen!

Die Wasserturminitiative

Wir möchten an dieser Stelle eines der Nutzungskonzepte - das von Joachim-Ernest Storr - dokumentieren, weil hier ziemlich klar wird, was da auf uns zu kommen könnte.



Beschreibung des Nutzungskonzeptes

Ziel der vorgestellten Konzeption ist es, den Wasserturm Sternschanze als Baudenkmal zu erhalten, den Park ungestört zu lassen, neue Nutzungen behutsam einzufügen und insgesamt eine wirtschaftliche lebensfähige Einheit zu schaffen.

Im Einzelnen werden dafür folgende Mittel eingesetzt:

1. Park:

Der Park bleibt insgesamt in FLäche, Bewuchs und Charakter erhalten.
Die bisher etwas schroffe Gegenüberstellung des Turms und des Parks wird gelockert, indem das Motiv " Wasser " auch im Außenbereich sichtbar wird.
Ein kleiner Bach begleitet den Weg von der Straßenanbindung (S-Bahn/ U-Bahn und Bushaltestelle) zum Turm. Ein Brunnen, eine flache Treppe und eine Informationstafel über die Nutzungsangebote des wiederbelebten Turmes machen den Eingang in den Park deutlich. Ein Abzweig des Baches verläuft zum Kinderspielplatz hin.

Der vorhandene Weg vom östlichen Ende der Straße " Sternschanze" zum Turm wird für einen begrenzten Fahrverkehr (Feuerwehr, Taxi, Krankntransport, beschränkte Anlieferung) freigeben.

Als Parkplätze werden Teile der oben benannten Straße genutzt.

Sollte sich in den Verhandlungen mit Entscheidungsgremien und Behörden herausstellen, daß auch dieser eingeschränkte Fahrverkehr noch als störend angesehen wird, so kann über die Möglichkeit einer südöstlich des Turms an der Straße gelegenden Tiefgarage für ca. 40 PKW`s mit interirdischem Anschluß an den Turm (Tunnelvortieb bei Erhalt der Bäume) gesprochen werden. Dieser Vorschlag ist indes nicht Bestandteil der hiermit vorgestellten Konzeption.

An der vom Park abgewandten Seite des Wasserturms steht ein neuer Treppen- und Aufzugsturm. Er ist bewußt nicht historisierend dem alten Turm angepaßt, sondern als klare Stahl/Glas-Konstruktion mit kristalliner Form entwickelt und dient an der südlichen und westlichen Fassade als Träger für die Solaranlagen des Schwimmbades. So wird dem Charakter des Wasserturmes als erhaltens wertes Bauwerk für Stadttechnik mit seinen im Inneren so überzeugenden Stahlkonstruktionen am ehesten entsprochen.

Ein leichtes Foyer verbindet die beiden Türme an Stelle des bisherigen zu kleinen Eingangs.

2. Bauwerk

In allen wesentlichen Teilen bleibt das bestehende Bauwerk erhalten.
Von außen sichtbar sind einige neue Fenster auf der Ebene + 40.50 m für das Beratungsgeschoß, notwendige Fenster für das innenliegende Treppenhaus, weitere Fenster in den zurückgesetzten mehrgeschossigen vertikalen Nischen, sowie liegende Fenster im Dach im Casino- (bzw. Suiten-) bereich. Das Dach wird in alter Form wie früher in Kupfer eingedeckt.
In die riesigen Lufträume zwischen den alten Geschoßdecken sind neue Geschosse eingezogen. Sie sind konstruktiv vom Altbestand gelöst und stehen auf dem Stützenring um die Turmmitte,bzw. sind in den Obergeschossen über die Dachkonstruktion an diese angehängt.
Der untere Wassserkessel wird samt Kontrollsteg erhalten und zum Museum für Stadttechnik umgewandelt, der obere Kessel wird entfernt.
Ebenfalls erhalten wird die Stahlkonstrukion des ursprünglichen Kondenswasser " Himmels ", der zukünftig den sichtbaren oberen Raumabschluß für Restaurant und Bar bildet.

3. Nutzungsart und Finanzierung

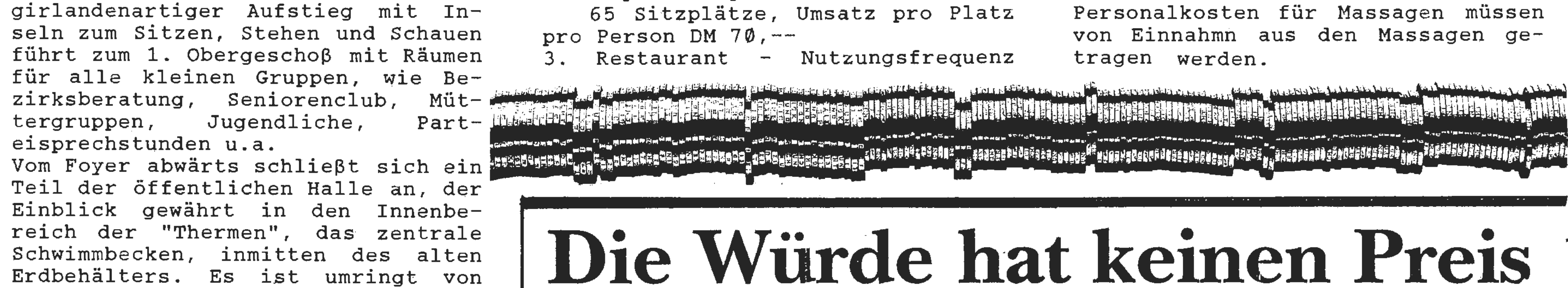
Das entwickelte Nutzungskonzept stellt ein Ensemble abgestimmter Teile dar.
Der Bedarf der Öffentlichkeit an Räumen zur freien Verfügung bestimmmt den Charakter des direkt mt dem Park verbundenen Bereichs von Mehrzweckhalle und darüberliegendem " Beratungsgeschoß".
Das Erdgeschoß wird genutzt im Sinne der holländischen "Vielzweckversammlungsräume" in Dronten, Lelystad u.a.. Als Agora dient es allen, die Raum brauchen - Theatergruppen, Parteien, Kirchen, Zauberern, Musikern. Es ist nutzbar für Spiel und Sport, Tanz, Kurse, Markt, Ausstellungen, Fernsehübertragungen......
Die dafür erforderlichen Versatzstücke lagern im Untergeschoß. Ein girlandenartiger Aufstieg mit Inseln zum Sitzen, Stehen und Schauen führt zum 1. Obergeschoß mit Räumen für alle kleinen Gruppen, wie Bezirksberatung, Seniorenclub, Müttergruppen, Jugendliche, Parteisprechstunden u.a.
Vom Foyer abwärts schließt sich ein Teil der öffentlichen Halle an, der Einblick gewährt in den Innenbereich der "Thermen", das zentrale Schwimmbecken, inmitten des alten Erdbehälters. Es ist umringt von Zonen und Räumen zum Ausruhen, Massiertwerden, einer Wasserbar, kleinen Höfchen, Solarien, Sauna und Dampfbad, unter den Kreuzgewölben des alten Backsteinbaues.
Darunter ein Geschoß für Lager, Haus und Schwimmbadtechnik, Solaranlagen.
Oberhalb des Beratungsgeschosses, wie alle Ebenen von dem äußeren Lift- und Treppenturm erreichbar, beginnt das Herzstück der Anlage, wo der frühere Zweck des Bauwerks aufgegriffen und als Hamburger Museum für Stadttechnik weitergeführt wird, insbsondere mit Darstellung der damals einmaligen Technik der Wasserversorgung in Deutschland.
Feste und wechselnde Exponate stellen die Entwicklung der Hamburger Infrastruktur von öffentlicher Stadtver- und entsorgung seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts dar, die Entwürfe von Lindley, Schwarz, und anderen, und setzen sie in Beziehung zu dem Thema Stadttechnik und Wasserwirtschaft im generellen.
Dies alles in der alten schönen Wasserschüssel, erschlosssen durch leichte Stahlstege, die behindertengerecht spiralförmig den Raum erschließen. Ein Wasserfall macht das Thema hör- und spürbar.
Wie früher kann die Bevölkerung den Aussichtsumgang auf Ebene + 67.60 m nutzen, über die alte Wendeltreppe hochsteigen oder den neuen Aufzugturm benutzen.

Umringt von dem Aussichtsumgang liegt ein Höhenrestaurant flgehobener Klasse. Es ist sowohl für die Öffentlichkeit erreichbar, als auch für die Nutzer und Besucher der darunter und darüber angeordneten Ateliers. Das Restaurant mit offener Bar im Zwischengeschoß ist somit ein Verknüpfungsbereich zwischen den privatwirtschaftlich genutzten Zonen von Ateliers und Büros/ Tagungsräumen im obersten Teil des Turms und den Nutzungsangeboten für die Öffentlichkeit.
Somit ist der größere Teil des Turmes öffentlich und bietet sich unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen an, während die privatwirtschaftlichen Nutzungen durch ruhigen, gehobenen Charakter sich gegenüber dem Park zurückhaltend darstellen, anderseits vom unverwechselbaren Image des stadtbekannten Wasserturm Sternschanze ihre Identifikation beziehen.
Die Fianzierung von Sanierung, Umbau und neuen Einbauten, sowie die Wirtschaftlichkeit des gesamten Betriebes sind in einer eigenen Anlage dargestellt.

FINANZIERUNG:

Gesamtkosten
DM 17.700.000,..
1. Ateliers/ Büros / Konferenzräume (oberhalb des Restaurants)
Mietanteil von netto DM 30,--/qm im Monat zuzügl. Nebenkosten.
2. Bar - Nutzungsfrequenz 1,8 Personen pro Sitzplatz / Abend
65 Sitzplätze, Umsatz pro Platz pro Person DM 70,--
3. Restaurant - Nutzungsfrequenz 3.5 Personen pro Sitzplatz / Abend 152 Sitzplätze, Umsatz pro Platz pro Personen DM 60,--
4. Ateliers (unterhalb Restaurant) DM 24,-- bis DM 28,-- pro qm
(Durchschnitt DM 26,--/qm) netto zuzügl. Nebenkosten.
5. Museum für Stadttechnik - 30 Besucher pro Tag a DM 3,--
Eintritt DM 221.000 pro Jahr. ausgeglichen durch den kommerziellen Bereich.
6. Beratung- kein Umsatz, Kosten DM 55.450,-- pro Jahr,getragen durch Einnahmen aus den kommerziellen Bereichen.
7. Halle und Foyer - die Unterhalts- und Versorgungskosten werden getragen von en Einnahmn der Veranstaltungen.
8. Schwimmbad und Thermen - BesucherInnen im Schwimmbad 75
Eintritt DM 10,-- BesucherInnen Therme 40, Eintritt DM 28,--

Personalkosten für Massagen müssen von Einnahmn aus den Massagen getragen werden.



Die Würde hat keinen Preis

Aufgrund der aktuellen Situation in Spanien - Hungerstreik der GRAPO-Gefangenen - wollen wir folgendes Interview abdrucken, welches bereits in der WOZ Nr. 23 erschienen ist.
Der vollständige Text erscheint demnächst im Euskadi -Info.

Am 25. April starb José Manuel Sevillano Martín in einem Spital in Madrid nach 177 Tagen Hungestreik. Seine 40 Mitgefangenen werden ihren Hungerstreik jedoch nicht beenden, solange sie ihr Ziel - die Zusammenlegung - nicht erreicht haben. Victorino Diéguez, ehemaliger Gefangener unter dem Vorwurf der GRAPO-Mitgliedschaft, erklärt die Gründe.

1981 erkämpften sich politische Gefangen aus den Organisationen GRAPO (Antifaschistische Gruppe 1. Oktober) und PCE(r) (rekonstituierte kommunistisch Partei Spaniens) mit einer Reihe von Hungerstreiks gegenüber der damaligen UCD-Regierung ihre Zusammenlegung in zwei große Gruppen (Männer und Frauen). Die Regierung unter dem damaligen Premier Leopoldo Calvo-Sotelo trat auf die Forderungen der Gefangenen ein, nachdem Juan José Crespo Calende nach 90 Tagen Hungerstreik gestorben war, die Gefangenen ihren Hungerstreik aber trotzdem nicht abbrachen. Seither lebten die Gefangenen in den Kollektiven "Karl Marx" in Soria (Männer) sowie "Carmen López" in Yeserías (Frauen). Der 1987 vom sozialdemokratischen Justizminister Enrique Múgica initiierte Plan zur Verteilung politischer Gefangener bedeutete auch das Ende der Kommunen in Soria und Yeserías. Im Herbst 1989 wurden sie nach einer schrittweisen Dezimierung restlos aufgelöst. Gegen diese Maßnahme traten die 72 Gefangenen der beiden Organisationen erneut in den Hungerstreik. Victorino Diéguez war einer von ihnen. Er war, verurteilt als Mitglied der GRAPO, elf Jahre in Haft. Am 13. Januar kam er nach Verbüßung seinere Strafe frei.

Frage: Mit dem Hungerstreik soll die Wiederzusammenlegung der Gefangenen der GRAPO und PCE(r) erkämpft werden. Du hast bis zu ihrer Zerschlagung im letzten Jahr einige Jahre in der Kommune "Karl Marx" im Gefängnis von Soria verbracht. Wie ging das Leben da vor sich?

Victor Diéguez: In der Kommune arbeiteten und lernten wir. Wir organisierten uns den Tag und die Aktivitäten selbst innerhalb des Stundenplanes des Knastes. Wir standen um 8.00 Uhr auf, und die Genossen, die Tagesdienst hatten, putzten die Gemeinschaftsräume, Säle, Essräume, Gänge, Bibliothek usw. In der Zwischenzeit reinigten die anderen ihre Zellen oder spielten Fußball, je nach Präferenzen. Es gab Genossen, die es vorzogen, länger im Bett zu bleiben und erst um 9.30 Uhr für das Frühstück, das wir selbst servierten, aufzustehen. Aber das waren wenige. Der Rest des Morgens war fürs Studieren reserviert. Wir bildeten verschiedene Arbeitsgruppen, je nachdem, welche Themen uns interessierten, und so, im Kollektiv, haben wir Verschiedenes über Geschichte, Philosophie, Soziologie oder auch Poesie erarbeitet. Um 13.00 Uhr kam das Mittagessen, welches wir wiederum

selbst servierten, und um 14.00 Uhr wurden wir in unsere Zellen zur Siesta eingeschlossen. Um 16.00 Uhr wurden diese wieder geöffnet, und bis 18.00 Uhr machten wir Handarbeiten mit einfachen Materialien wie Karton, Pappmaché, Stoff usw. Diese Arbeiten brachten uns eine finanzielle Unterstützung, da sie von unseren Verwandten draußen verkauft wurden. Ab 18.00 Uhr konnten wir fernsehen, Karten spielen oder spazieren. Um 20.00 Uhr wurde dies vom Nachtessen unterbrochen. Danach machten wir bis Zellenschluß um 22.00 Uhr wieder weiter.

Frage: Den Hungerstreik begannen 72 Gefangene vor einem halben Jahr. 40 Gefangene machen mit dem Streik auch nach dem Tod von José Martín Sevillano weiter. Wie geht es den Gefangenen?

Victor Diéguez: Die Gefangenen sind physisch zerstört. Bei den meisten versagen zahlreiche Organe, und wenn die Gefangenen nicht während des Streiks sterben, sterben sie in den nächsten Monaten, selbst wenn der Streik aufhören sollte.

Frage: Mit der Zwangsernährung der Hungerstreikenden wurde ja zum Teil bereits nach vier Wochen Streik begonnen. Kannst du uns erklären, wie das genau vor sich geht?

Victor Diéguez: Man bindet die Gefangenen immer wieder an ihr Bett, entweder im Spital oder im Knast selbst, um ihnen die Nahrung durch einen Gummischlauch durch die Nase bis zum Magen oder intravenös einzuführen. Wenn sie sich genug erholt haben, werden sie "abgehängt", wie wir dazu sagen. Dieser Vorgang wird immer dann wiederholt, wenn sich der Zustand des Streikenden wieder verschlechtert. So verhindern sie, daß die Gefangenen den Druck ausüben können, den der Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens unter der Obhut der Regierung bedeutet.

Frage: Wer hat sich mit den Hungerstreikenden solidarisiert?

Victor Diéguez: In Euskadi ist die Solidarität am ausgedehntesten. Sie reicht von der baskischen Befreiungsbewegung bis zur radikalen Linken, quer durch die verschiedensten Volksorganismen. Die letzten Erklärungen wurden von gut 23 Organisationen mitunterzeichnet. Wenn auch die Antworten der Bevölkerung auf solche Erklärungen verschieden waren, so wurde doch nie aufgehört, größere oder kleinere Aktionen durchzuführen, beispielsweise Demonstrationen und Sabotagen gegen Banken oder öffentliche Firmen.

Frage: In einem Interview mit der baskischen Tageszeitung "Egin" hast du gesagt, es sei nicht euer Interesse, kollektiven Selbstmord zu begehen. Nun sieht es aber aus, als ob die PSOE-Regierung bereit wäre, über Leichen zu gehen. Gibt es außer der Niederlage überhaupt noch ein Zurück für die Gefangenen?

Victor Diéguez: Ich glaube nicht, daß die Gefangenen abbrechen. Der Streik bezweckt nicht den kollektiven Selbstmord, aber die Verlegung und die Isolation führen zur Vernichtung der Gefangenen, sogar zur physischen Vernichtung. Und dies, ohne daß es außerhalb des Knastes bekannt wird. Daher geht es um einen Kampf um Leben und Tod. Die PSOE ist bereit, über Leichen zu gehen, aber dies war schon vor dem Streik so.

Frage: Ihr habt in eurer Hungerstreikerklärung den spanischen Staat als faschistisch definiert, in Erklärungen der GRAPO taucht auch immer wieder der Begriff "Sozialfaschismus" auf. Ist diese Charakterisierung richtig?

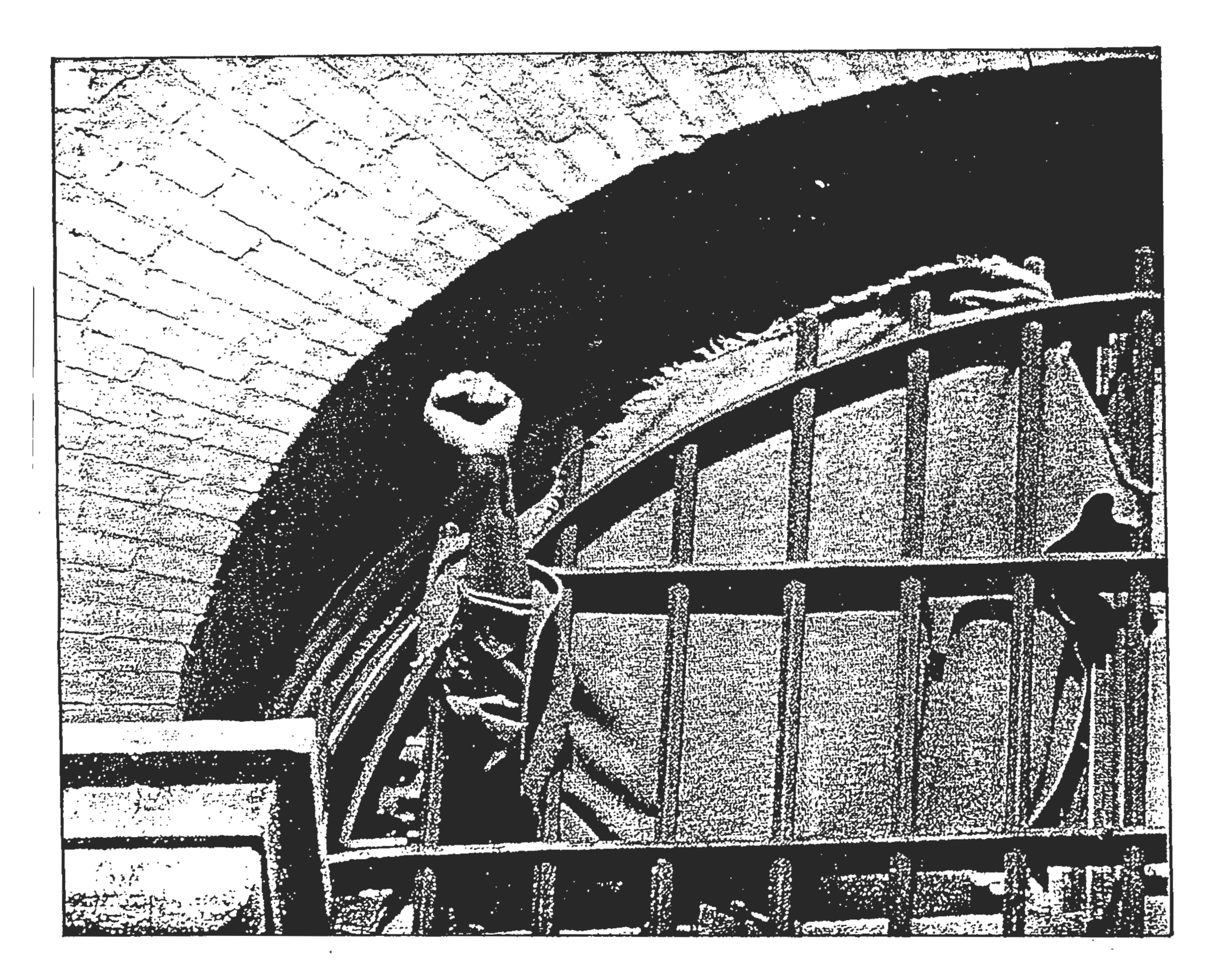
Victor Diéguez: Spanien ist die "modernisierte", historische Weiterentwicklung der alten faschistischen Staaten. Es handelt sich um einen entwickelten Faschismus, der oberflächlich nichts zu tun hat mit dem alten, aber die gleichen Interessen vertritt, die gleichen Werte verteidigt und die gleichen Repressions- und Herrschaftsmechanismen einsetzt, nur alles modernisiert. Die PSOE ist wirklich sozialfaschistisch: Sozialisten im Wort und Faschisten in der Tat.

Frage: Die GRAPO ist eine bewaffnete Organisation, mit dem Ziel, den "faschistischen, bürokratisch-militärischen Apparat des Regimes der Großmonopole in Spanien zu zerstören und eine Volksrepublik zu errichten". ETA, eine ungleich größere, bewaffnete Organisation im spanischen Staat, betrachtet eine militärische Lösung des Konflikts mit dem spanischen Staat als ausgeschlossen. Müssen nicht die Ziele der GRAPO angesichts der sich verändernden Situation im spanischen Staat und weltweit neu definiert werden?

Victor Diéguez: Im Gegenteil: Sie sehen die Notwendigkeit des Kampfes gerade deshalb bestätigt. Bei der GRAPO existieren keine lokalen Interessen, sie wollen die Abschaffung des Staates, was ETA nicht einbezieht. Die GRAPO definiert die Situation als einen lang andauernden Prozess von sich langsam sammelnden revolutionären Kräften, bei gleichzeitiger Abnützung des Staates. Warum also sollte die GRAPO ihre Zielsetzungen ändern?

Frage: Der spanische Staat hat sich unter der Regierung Gonzáles zur Lieblingsdemokratie der europäischen Regierungen gemausert. Es stehen allerdings schwere Zeiten bevor. Probleme, die sich nach dem EG-Beitritt für die arbeitende Bevölkerung ergaben, werden nach 1992 eher noch schlimmer werden, die Olympiade und die Expo stehen vor der Tür...Wie siehst du die politische Entwicklung des spanischen Staates in den nächsten Jahren?

Victor Diéguez: Mit unseren sozialistischen Umwandlungsprogrammen (Programme der GRAPO und der PCE(r) aus dem Jahre 1975, Anmerkung der Red.) sind wir daran, uns zur einzigen realen Alternative zum heutigen Status quo zu entwickeln. Die Regierung weiß dies und versucht mit allen Mitteln, den Zusammenfluß der Revolutionäre mit den Volksmassen zu verhindern, bevor eine kritische Situation eintritt. Daher die Wichtigkeit des Hungerstreiks für die Regierung, und darum fällt es ihnen so schwer, so elementaren Forderungen nachzugeben, die nicht einmal ihre Sicheheit in Frage stellen. Tatsache ist, daß es ihnen nicht gelungen ist, den Widerstand zu brechen. Die Zukunft gehört zweifellos denen, die weiterkämpfen und widerstehen - den Revolutionären.









Die israelische Besatzungsmacht versucht mit allen Mitteln wie z.B. Massakern, Knochenbrechen, Gaseinsätzen, Massenverhaftungen die Intifada des palästinensischen Volkes zu zerschlagen.
Eine der häufig verhängten Kollektivstrafen ist die Zerstörung bzw. das Zumauern von Häusern der palästinensischen Bevölkerung. Dazu reicht oft schon ein Verdacht der Besatzungsarmee, daß ein Mitglied der Familie - meist ein Kind oder ein Jugendlicher - einen Stein gegen die Besatzungsarmee oder ein Siedlerauto geworfen hat, um die ganze Familie obdachlos zu machen. Mit dieser Methode wird auch versucht, gesuchte Familienangehörige zu zwingen, sich den Militärbehörden zu stellen.
Allein seit Beginn der Intifada wurden mehr als 1.000 Häuser zugemauert oder zerstört. Besonders in den Flüchtlingslagern, wo die Häuser Wand an Wand und auf Grund der Armut aus leichtem Material gebaut sind, werden dabei die Nachbarhäuser in Mitleidenschaft gezogen. Häufig werden die PalästinenserInnen nur 1-2 Stunden vor dem Abriß ihres Hauses informiert und können nur das Wenigste retten. Wenn die Strafe des Zumauerns verhängt wird, sind entweder alle Fenster oder Türen davon betroffen, oder aber Räume, die einer bestimmten Person zugeordnet werden, bzw. Fenster und Türen, die zur Strasse zeigen, auf der Militärfahrzeuge vorbeifahren. Werden die PalästinenserInnen durch Zumauern oder Sprengen ihres Hauses obdachlos gemacht, müssen die meist 4-15 köpfigen Familien versuchen bei Nachbarn oder Verwandten unterzukommen oder ein Zelt vor dem Haus oder der Ruine aufzuschlagen. Mit diesen Kollektivstrafen versucht die israelische Besatzungsmacht die palästinensische Bevölkerung zu entwurzeln und zu vertreiben.
Häufig bauen die PalästinenserInnen jedoch mit Hilfe ihrer Nachbarn die Häuser notdürftig wieder auf, obwohl sie wissen, daß sie dann jederzeit wieder zerstört werden können. Trotz aller Strafmaßnahmen sind die Menschen entschlossen nicht aufzugeben, sondern ihren Kampf bis zur Erlangung ihrer Ziele weiterzuführen.

<u>Unser Haus</u>

Protzig ist ihr Bau
Sand sind seine Unterlagen
Es wird zusammenbrechen
Sobald die Trommeln schlagen.

Taubennest ist unser Haus
Es beharrt auf der Mauer unserer Heimat
Es zeichnet unsere Viertel
Und brütet die Städte aus
Taubennest ist unser Haus.

Haar für Haar haben wir es gebaut
Aus unseren hartnäckigen Wimpern
Unseren eisernen Wimpern
Und Strohhalm für Strohhalm
Lasen wir es auf
Aus den Hinterhöfen unserer Heimat.

Wie oft sie es auch sprengten
So oft bauten wir es wieder auf
Haar für Haar
Aus unseren harthäckigen Wimpern
Unseren eisernen Wimpern
Und Strohhalm für Strohhalm
Lasen wir es wieder auf
Aus den Hinterhöfen unserer Heimat.

Wie oft sie es auch vertrieben
So oft kehrte es wieder zurück
Und wieder
Haar für Haar
Strohhalm für Strohhalm
In der selben Zeit
An den selben Platz
Auf die Mauer unserer Heimat
Es zeichnet unsere Viertel
Und brütet die Städte aus
Taubennest ist unser Haus.

بنيانهم عالي
أساسه الرمل
قد يسقط البنيان
إن دقت الطبل

بيتنا عش حمام راقد
على جدار الوطن
يرسم الحواري
يفرخ المدن

شعرة شعرة بنيناه
من رمشنا العنيد
رمشنا الحديد
وقشة قشة لممناه
من حواكير الوطن

كم فجروه وفجروه مرة اخرى
ولكن مرة اخرى بنيناه، واخرى
شعرة شعرة
من رمشنا العنيد
رمشنا الحديد
وقشة قشة لممناه
من حواكير الوطن

وكم هجروه وهجروه مرة اخرى
وعاد ثم عاد
شعرة شعرة
وقشة قشة
في نفس الزمان
الى نفس المكان
على جدار الوطن
يرسم الحواري
يفرخ المدن

شعر ع.ش

Arabisches Original und deutsche Übersetzung

Die Kölner Uni-Mensa war über Pfingsten der Schauplatz eines Kongresses der Radikalen Linken (RL). Über 1.000 TeilnehmerInnen aus allen Teilen der BRD kamen zusammen, um an einer echter "Marathon-Beratung, einem Teach-In über zweieinhalb Tage" (aus dem Aufruf) teilzunehmen. Unsere Neugierde, was die RL sein soll, wer sich dazu zählt , welche Themen behandelt werden, in welcher Atmosphäre der Kongreß verläuft und welche Persepektiven die RL entwickelt, war Grund genug, Freitagmittag im Pfingstverkehr nach Köln zu starten. Wohl formulierte Analysen wird dieser Artikel nicht liefern, das überlassen wir den Hauspostillen der RL - Konkret und AK. Vielmehr soll versucht werden, einige persönliche Eindrücke wiederzugeben.



„Die letzte Schlacht gewinnen wir!"

Der Kongreß war in 8 sogenannte "Runden" (siehe Kasten) mit jeweils einem thematischen Schwerpunkt gegliedert. Jede Runde sollte mit Beiträgen verschiedener ReferentInnen beginnen - dann die Diskussion in großer Runde folgen. Dazu waren im Saal Mikrofone aufgestellt. Sowohl auf dem Podium als auch an den Saalmikrofonen sollte quotiert referiert und diskutiert werden. Dies hat in der Praxis natürlich nicht geklappt, männlicher Rededrang ist eben sehr hartnäckig.

Damit sind wir auch schon an dem Punkt angelangt, wo es den ersten Eklat gab: Die FeministInnen kritisierten hart, daß auch innerhalb der RL das Patriarchat immer noch als Nebenwiderspruch betrachtet wird quasi als Anhängsel herrschender linker Politik. Besonders deutlich wurde dies in Runde 4 *"Antiimperialistische Politik in einer reichen Metropole. Weltweite Frauenunterdrückung, weltweite Naturzerstörung als Strukturmerkmal des Imperialismus. (...) Wir arbeiten weiter daran, eine Expertin zum Thema Frauenhandel zu finden "* Diese Expertin fand sich aber nicht mehr, genausowenig wie in Runde 3 eine feministische Expertin bereit war als Alibifrau, auf dem Podium zu erscheinen. Die Frauen von agisra Köln machten mit einem Flugblatt allen TeilnehmerInnen klar, was abgelaufen war: *"Drei tage vor Kongreßbeginn klingelt das Telefon. Es wurde dringend eine Frau gesucht, die zum Thema "Frauenhandel" teilnehmen sollte. Dies ließ sich bereits ahnen, als das Programm in der TAZ erschien (...). Weiterhin arbeitete die Vorbereitungsgruppe offentsichtlich daran: "auf alle Fälle eine feministische Kritikerin der patriarchalen Wissenschaften" zu finden. (Unerfüllte) Hoffnungen richteten sich auf Rossana Rossanda und Edith Lunnebach - wohingegen die illustre, nichtfeministische und meist männliche Garde schon seit Monaten "gefunden" werden konnte und ihre Beiträge zum Teil bereits gedruckt vorlagen."*

Feminismus und Radikale Linke - da wird sich bei Letzteren noch viel ändern müssen (und nicht nur bei denen), damit da etwas zusammenläuft.

Einem weiteren Anspruch - "kurze Einleitungsstatements und viel offene Diskussion" - konnte der Kongreß nicht gerecht werden: Bei über 1.000 TeinehmerInnen hatte das Ganze eher Vorlesungscharakter, d.h., die Massen lauschten den mehr oder weniger geschulten RednerInnen, eine tiefergehende Diskussion war u.a. aus Zeitmangel nicht möglich. Drei Stunden waren pro Runde angesetzt, eineinhalb Stunden dauerten die meisten Einleitungsbeiträge. Da blieb nicht viel Zeit für die "offene Diskussion".

Wer nun die über 1.000 TeilnehmerInnen waren ist verständlicherweise schwer zu beurteilen. Neben den etwas bekannteren TeilnehmerInnen (siehe Programm), einigen Linksparteien/-gruppierungen (schon mal was von der "Linkswende" gehört?) kamen die meisten so unser Eindruck, aus parteipolitisch unabhängigen Initiativen, als interessierte Einzelpersonen oder als "BeobachterInnen" ihrer Gruppen.

Auch nur Teile der Referate hier wiederzugeben (Ausnahme siehe weiter unten), würde den Rahmen der Zeitung sprengen, dafür sei der Vor- und der bald erscheinende Nachbereitungsreader empfohlen. Trotzdem seien einige Themen (sehr) kurz skizziert, die häufig zentraler Bestandteil vieler Beiträge waren:

- das weitere Erstarken des deutschen Imperialismus mit dem Fall der Mauer oder frei nach Moßmann: nach dem 2. Reich kam der 1. Weltkrieg, nach dem 3. Reich der zweite, was kommt nach dem 4. Reich?
- der Untergang des realsozialistischen Blocks, die entstehende kapitalistische "one world" und damit die Chancenlosigkeit trikontinentaler Befreiungsbewegungen
- die Konkurenz der imperialistischen Blöcke, die EG mit Gesamtdeutschland als Führungsmacht und Mittelosteuropa als Hinterhof, Japan mit Südostasien und Nordamerika mit den USA als Führungsmacht und Mittel/Südamerika als Hinterhof
- Leistungsfähigkeit als Kriterium menschlicher Lebensberechtigung (Stichwörter: Bioethik und Gentechnologie)
- die Gefahr, daß eine radikale Linke auch in die völlige Bedeu-

Editorial

Guten Tag! Aus Anlaß der zwei auf uns zukommenden kapitalen Feste in der Woche vom 23.-30.6.1990 haben wir uns entschlossen, vorbereitend, informell oder auch mobilisierend nochmals allen LeserInnen diese Aktionswoche ans Herz zu legen und euch eine fröhliche und feurige selbige zu wünschen.
Zudem hatten wir diesmal keine großen Probleme, diese Ausgabe mit Inhalten zu füllen, ohne den Schwerpunkt Stadtteil zu vernachlässigen (der Albanien-Artikel wurde deshalb ein weiteres Mal verschoben, sorry!).
Es fehlt ein Artikel zum Laue-Komplex sowie ein Beitrag zu den Räumungen in Groningen/NL (dort sind seit Ende Mai ca. 140 Menschen im Knast). Den Rest könnt ihr dem Inhaltsverzeichnis entnehmen. Viel Spaß, bis demnäxt im August(?).





DIE WÜRFEL SIND GEFALLEN:

DIE MEHRZWECKHALLE KOMMT - NUR NICHT AN UNS VORBEI!

Da haben wir's wieder, ein illustrer Kreis (Vorscherau, Rahlfs, Investoren/Kapital, Sportchef Gütt etc.) würfelt am runden Tisch den Standort der neuen Mehrzweckhalle aus. Zielstrebig wie gehabt wollen sie mal wieder sehen, wie belastbar die zarten Banden der Bevölkerung in St. Pauli, Karo- und Schanzenviertel sind.
17.000 Menschen soll das "kleine, neue Schmuckstück" der Stadt Hamburg in sich aufnehmen können, wovon wohl der motoriiserte Teil der BesucherInnen das bereits vorhandene Parkplatzproblem an der Feldstraße zum Kollabieren bringen wird (trotz des ebenfalls geplanten Parkhauses mit aber nur 2.000 Stellplätzen).
Die geschätzten Kosten sollen bei DM 120 Millionen liegen. Die Zeit drängt, bis 1994 soll die Halle fertig sein, den ersten 24 Firmen im Bunker wurde bereits gekündigt, obwohl noch unklar ist, ob dieser überhaupt abgerissen werden kann (diese Kosten sind noch nicht in der Schätzung enthalten). Insgesamt sollen alle an der Nord-West-Ecke des Heiligengeist-Feldes befindlichen Gebäude und Flächen (z.B. Restaurant, Plaza, Trainingsplatz des FC St.Pauli, Ladenreihe am U-Bahnhof etc.) für diesen Prachtbau freigeräumt werden, siehe Bild. Stattdessen sollen 40.000 qm Bürofläche entstehen, für die z.T. schon Interessenten auf der Matte stehen.
"Meine Philosophie ist, den Investoren die Gesamtverantwortung zu übergeben." (Wirtschaftsenator Rahlfs)
Alles in allem zeugt diese Entscheidung von der Verfolgung der hinlänglich bekannten Ziele der Standortpolitik für das "Hoch im Norden", Hamburg, nämlich größer, höher, breiter etc. als alles, was andere Städte in der BRD zu bieten haben (bis jetzt).



Anti-Sportdome-Ini und St.Pauli-Fans laden ein zum großen Treffen am Montag, 2.7. 19.00 Uhr, Friedenskirche

Inhalt

SEITE

Florafest 10. Juni





INHABER PASCH. CHRISTOFORIDIS
SCHANZENSTR. - 87 - 2000 HAMBURG 6 - TELEFON : 040/ 43 66 20

Mo.- Sa. 17 - 1 Uhr
So. 12 - 1 Uhr





VINCE LOMBARDY HIGHSCHOOL

BEST SELECTION OF SECOND HAND PUNK/ INDIE IMPORTE, RARIES, SAMMLERSTÜCKE

AN UND VERKAUF

SCHULTERBLATT 87
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/437871

RECORDS

HOLLAND KAAS IMPORT GMBH

naturgereifte Käse

Schulterblatt 60



Umzüge: Nah-Fern-Übersee
Beiladungen: europaweit
Büroumzüge

huckepack

Behringstraße 14 · 2000 Hamburg 50

040/ 39 16 33

Einlagerungen · Möbelmontage · Verpackungsservice · Kartonverkauf · Behördenabrechnungen

Buchhandlung YOL

Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.

AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ

Hamburger SATZ und Verlags-Kooperative

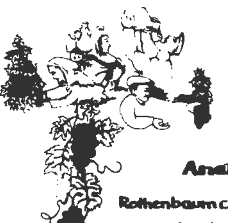
Belichtung von Computertexten

ACHTUNG! Neue Adresse!
Schulterblatt 58
2000 Hamburg 36
Tel.: 43 53 20



die Spezialisten für
Motorradklamotten
und besondere Ideen
Reparaturen

Bergiusstr. 12, 2 HH 50, Tel. 39 67 79
Di—Fr 14—18.30, Sa n.V.



EMEK

Restaurant
Anatolische Spezialitäten

Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Tel. 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 6
Tel. 430 20 31



»Der Schlachter-Laden«

Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

Juliusstraße 2 a • 2000 Hamburg 50
Telefon (040) 4 39 94 04

Öffnungszeiten:
Di.-Fr.: 9.00-12.00 + 15.00-18.00 h
Sa.: 9.00-13.00 h

Wochenmärkte:
Isestraße Di.+ Fr., 8.30-14.00 h
Goldbekufer Do., 8.30-13.00 h

